

14. Wahlperiode

## Plenarprotokoll 14/28

### 28. Sitzung

Kiel, Freitag, 14. März 1997

#### Fortsetzung der Beratung

#### Tätigkeit von Sekten in Schleswig-Holstein . . . . 3

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/546

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung an den  
Sozialausschuß, den Innen- und  
Rechtsausschuß und den  
Bildungsausschuß

#### Jahreswirtschaftsbericht 1996 . . . . . 9

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/555

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,  
Technologie und Verkehr  
Ulrike Rodust (SPD)  
Martin Kayenburg (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung an den  
Wirtschaftsausschuß zur  
abschließenden Beratung

#### Aufrechterhaltung wichtiger . . . . . 23 Bahnstrecken in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/594

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SPD  
Drucksache 14/602

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Gerhard Poppendiecker (SPD)  
Martin Kayenburg (CDU)  
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,  
Technologie und Verkehr

Lothar Hay (SPD)

Beschluß: Überweisung an den  
Wirtschaftsausschuß

Beschluß: Annahme

**Verpflichtung von Sozialhilfeempfängern. . . . . 33  
zu gemeinnütziger Arbeit**

**Tätigkeit des Eingabenausschusses in . . . . . 44  
der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1996**

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/573

Bericht des EingabenausschussesDrucksache 14/559

Torsten Geerds (CDU)  
Wolfgang Baasch (SPD)  
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)  
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Dr. Ottfried Hennig (CDU)  
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Beschluß: Kenntnisnahme und Bestätigung  
der Erledigung

**Gemeinsame Beratung . . . . . 45**

Beschluß: Ablehnung

**a) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

**Bericht zur Aufhebung national- . . . . . 43  
sozialistischer Unrechtsurteile**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/472

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/571

**b) Junge Demokratie Schleswig-Holstein**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/601

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/495  
Bericht und Beschlußempfehlung des  
Bildungsausschusses  
Drucksache 14/568

Beschluß: Annahme des Antrages  
Drucksache 14/571

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

**Neubestimmung der Arbeitszeit der . . . . . 43  
Lehrerinnen und Lehrer**

Nr. 2 des Antrages der Fraktionen von SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/489  
Bericht und Beschlußempfehlung des  
Bildungsausschusses  
Drucksache 14/528

Beschluß: Annahme  
**Bericht zum gegenwärtigen Stand und . . . . . 46  
zukünftigen Verfahren des Regionalen**

**Entwicklungskonzeptes für die  
Metropolregion Hamburg (REK)**  
Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/252  
Bericht und Beschlußempfehlung des  
Umweltausschusses  
Drucksache 14/572

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD), Berichterstatter

Frauke Tengler (CDU)

Beschluß: Annahme

Beschluß: Kenntnisnahme

**Entlastung des Landesrechnungshofs . . . . . 44  
Schleswig-Holstein für das Haushalts-  
jahr 1994**

\* \* \* \*

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Finanzausschusses  
Drucksache 14/558

Regierungsbank:

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin

**Gerd Walter**, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

**Gisela Böhrk**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

**Dr. Ekkehard Wienholtz**, Innenminister

**Angelika Birk**, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

\* \* \* \*

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind die Abgeordneten Peter Gerckens, Gudrun Hunecke, Günter Neugebauer und Rolf Schroedter erkrankt.

(Holger Astrup [SPD]: Der ist heute Gott sei Dank wieder genesen!)

- Dann freut es mich, daß für Sie die Genesungswünsche nicht mehr nötig sind, Herr Kollege Schroedter.

(Beifall)

Allen anderen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir gute Besserung!

(Beifall)

Beurlaubt sind die Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan und Monika Heinold.

Auf der Tribüne begrüße ich die Besucherinnen und Besucher der Realschule Schönkirchen und der Jahnschule Kiel. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir fahren mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 19, Tätigkeiten von Sekten in Schleswig-Holstein, die wir gestern abend unterbrochen haben, fort.

**Fortsetzung der Beratung**

**Tätigkeit von Sekten in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/546

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende **Sektenbericht der Landesregierung** ist außerordentlich informativ. Er zeigt eine Reihe von Handlungsnotwendigkeiten für staatliche Stellen auf.

Wir Liberale - das möchte ich vorwegschicken - legen immer großen Wert darauf, daß in einem freiheitlichen Rechtsstaat auch die **Grenzen staatlicher Einflußnahme** auf den einzelnen oder auf seine gesellschaftlichen Bindungen gewahrt bleiben. Im Sinne der Ausführungen, die der Sektenbericht zum Thema „Äußerungsrecht des Staates“ macht, bekennen aber auch wir uns zu der Notwendigkeit, Schaden von den Bürgern abzuwenden, die Öffentlichkeit über mögliche Gefahren zu informieren und gegebenenfalls mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen gefährliche Sektenaktivitäten vorzugehen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW -  
Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Sektenbericht stellt zutreffend fest: „Die Grundrechte finden ihre Schranken dort, wo Rechte Dritter oder sonstige Güter von Verfassungsrang betroffen sind.“ Aufgrund der Erfahrungen mit der NS-Diktatur zwischen 1933 und 1945 werden die Grenzen in Deutschland enger gezogen als anderswo. Das Prinzip der wehrhaften Demokratie ist eine der

wesentlichen Lehren, die wir aus der Geschichte gezogen haben. Die Propagandakampagne der **Scientology-Organisation** in den USA und ihr teilweiser Erfolg beruht unter anderem auf dem Umstand, daß die politische Kultur und die Verfassungstradition der Vereinigten Staaten von Amerika andere, weiter gespannte Grenzen zieht.

Soweit unser Land vor diesem Hintergrund ungerechtfertigterweise in Kritik gerät - das ist in der Vergangenheit ja der Fall gewesen, etwa durch die Erwähnung Deutschlands im jüngsten Menschenrechtsbericht der US-Regierung oder durch die Initiativen einzelner Kongreßmitglieder -, ist solchen Beschuldigungen ebenso gelassen wie entschieden entgegenzutreten. Es stimmt mich zuversichtlich, daß die öffentliche Diskussion in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht den Verlauf genommen hat, den sich die Scientology-Organisation erhofft hat. Die unverschämte Parallelisierung mit der Judenverfolgung im Dritten Reich - die alle Opfer des Holocaust zutiefst beleidigt - hat sich für die Urheber dieser Kampagne als ein propagandistisches Eigentor erwiesen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Die jüngsten durch Gerichtsurteile untermauerten Entscheidungen in Frankreich und Griechenland machen deutlich, daß staatliche Intervention gegen gemeingefährliche Aktivitäten von Scientology und gegen andere derartige Organisationen nicht nur in Deutschland als notwendig und Rechtens erkannt werden.

Ich begrüße außerordentlich die Forderung des F.D.P.-Bundestagsabgeordneten Roland Kohn, der die Bundesregierung kürzlich aufgefordert hat, innerhalb der **Europäischen Union** eine abgestimmte Haltung gegenüber der Machtpolitik und den Infiltrationsversuchen der Scientology-Organisation zu entwickeln. Das, was wir in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Errichtung einer Scientology-Privatschule in Nordschleswig, nördlich der deutsch-dänischen Grenze, erfahren haben, verdeutlicht die Notwendigkeit eines abgestimmten Vorgehens im Rahmen der Europäischen Union.

Wichtig ist, daß staatliche Stellen bei der Auseinandersetzung mit Sekten und ähnlichen Organisationen jene vier Kriterien zugrunde legen, die der Sektenbericht auf Seite 10 - wie schon im letzten Bericht von 1995 - ein weiteres Mal nennt. Da ist als erstes das Vorhandensein einer Heilslehre in der dort

skizzierten Ausprägung, zum zweiten eine hierarchische Gliederung solcher Organisationen, drittens das Bestehen massiver Feindbilder gegen die Außenwelt und viertens eine Kommunikationskontrolle gegenüber den Mitgliedern mit Hilfe der Mittel, die auch in dem Bericht, den Herr Bartels vorgelegt hat, beschrieben werden.

Ich halte es für unglücklich, daß der Sektenbericht in seinem Vorspann ganz allgemein auf die Ausbreitung antiaufklärerischer Tendenzen abhebt - vor allem mit Blick auf die grassierende **Esoterikwelle**. Auch wenn das stimmt, was dort gesagt wird, gehört es meines Erachtens nicht in einen Sektenbericht. Der Staat muß sich davor hüten, seine Netze zu weit auszuwerfen und im Zusammenhang mit Aufklärungs- und Eindämmungsmaßnahmen gegen Sekten alle möglichen anderen Erscheinungen mit ins Visier zu nehmen und in eine Schublade zu packen - seien diese Erscheinungen auch noch so spinnert.

(Beifall bei F.D.P., CDU und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich persönlich teile die Ablehnung der laufenden Esoterikwelle und der „Renaissance antirationalistischen Denkens“, von der im Vorspann des Sektenberichts die Rede ist. In einem freiheitlichen Rechtsstaat gilt aber immer noch das Prinzip, daß jeder seine eigenen Spinnereien pflegen darf, wie er will, solange er die Rechte und Freiheiten anderer nicht verletzt und beeinträchtigt.

(Beifall bei F.D.P., CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die diesbezüglichen Bemerkungen im Vorspann des Sektenberichts der Landesregierung sind besonders pikant im Hinblick darauf, daß es hier eine besondere landespolitische Konstellation gibt. Ich darf daran erinnern, daß die angesehene Wochenzeitung „Die Zeit“ am 3. April 1996 einen Artikel über die rot-grüne Koalitionsbildung veröffentlichte, und zwar mit der Unterschrift „Esoterik an der Förde“.

Dort wird die Kollegin Irene Fröhlich als eine „nordfriesische Esoterik-Grüne“ tituiert, die - Zitat - „meint, angesichts der Unendlichkeit des Weltalls seien die Probleme der Menschheit nur ‚staubkörnchengroß‘“.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt ja auch!)

und sie bemühe „sich deshalb um eine ‚spirituelle Ebene‘ ihrer Politik“.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Abgesehen davon, daß mir diesbezügliche Bemühungen der Kollegin Fröhlich bislang nicht besonders aufgefallen sind,

(Heiterkeit - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich werde mich auch hüten, Ihnen das zu zeigen!)

möchte ich namens meiner Fraktion frei nach Voltaire feststellen: Sehr geehrte Kollegin Fröhlich, auch wenn wir Ihre spirituellen Anstrengungen in der „Unendlichkeit des Weltalls“ nicht teilen, so verteidigen wir doch Ihr gutes Recht, nach eigener Fassung ebenso esoterisch wie auch politisch selig zu werden, wie Sie es wollen.

(Heiterkeit - Beifall bei F.D.P., CDU und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

Als Söhne und Töchter der europäischen Aufklärung hoffen wir Liberale allerdings zuversichtlich darauf, daß die Wählerinnen und Wähler am Ende dann doch ihr weltliches Urteil treffen werden.

(Heiterkeit - Beifall bei F.D.P. und CDU - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Herr Abgeordneter Dr. Klug, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Fröhlich?

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Ja!

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Klug, ich möchte Sie fragen, ob Ihnen die Bedeutung des Begriffs Esoterik gegenwärtig ist.

(Heiterkeit)

Esoterik bedeutet Geheimwissenschaft, und das bedeutet, es sind Dinge - das haben Sie eben dankenswerterweise

gesagt -, die man in der Öffentlichkeit nicht breittritt.

(Zuruf von der CDU: Frage!)

Trotzdem behalte ich mir das Recht vor, davon auszugehen, daß Politik aus verschiedener Motivation heraus geschieht.

(Zuruf von der CDU: Frage! - Ursula Röper [CDU]: Geheimwissenschaft zu betreiben! - Meinhard Füllner [CDU]: Wir würden Sie gern hier vorn hören!)

Stimmen Sie mir darin zu?

- Frau Kollegin Fröhlich, wir verteidigen mit Nachdruck Ihr gutes Recht,

(Ursula Röper [CDU]: Geheimwissenschaft zu betreiben!)

Ihr esoterisches, politisches und sonstiges Verständnis zu entwickeln und danach zu leben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen das nur lächerlich machen!)

Das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der F.D.P.)

Über Esoterik im allgemeinen und grüne Esoterik im besonderen möchte ich mich jetzt nicht weiter auslassen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch besser so!)

Gestatten Sie mir noch eine andere Anmerkung. Die F.D.P.-Fraktion geht ausdrücklich davon aus, daß die Autorin dieses Artikels in der „Zeit“, Susanne Gaschke, beim Abfassen ihres Beitrages nicht auf dienstliche Erkenntnisse des Sektenbeauftragten zurückgegriffen hat.

(Heiterkeit der Abgeordneten Ursula Röper [CDU] - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Peinlich!)

Meine Damen und Herren, zu den Grenzen staatlichen Eingreifens gehört meines Erachtens auch, daß man

nicht Methoden wie **NLP**, die vielleicht in bestimmten Fällen von Sekten mißbraucht werden, in den großen Einheitsbrei „sektenrelevanter“ Erscheinungen hineinrühren darf.

(Konrad Nabel [SPD]: Das tut die F.D.P. aber!)

Der Landeselternbeirat der Gymnasien hat interessanterweise erst kürzlich im Zusammenhang mit der Anhörung im Bildungsausschuß darauf hingewiesen, daß es eine Scientology-Tarnorganisation gewesen ist, die seit geraumer Zeit gegen solche in Fortbildungsmaßnahmen der Wirtschaft angewandten Methoden wie NLP Stimmung macht.

Ich warne im Zusammenhang mit dem Thema „Sekten“ vor einem eher kontraproduktiven Aktionismus, wie ihn etwa die Junge Union mit Boykottaktionen gegen einzelne Hollywood-Filme betrieben hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch von administrativen Überreaktionen nach Art des früheren „Radikalenerlasses“ halten wir Liberale nichts.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Späte Erkenntnis, aber immerhin!)

Der Staat muß im Sinne der „wehrhaften Demokratie“ wachsam sein und in der gebotenen Weise einschreiten. Das ist richtig. Dafür nennt der Bericht der Landesregierung eine Reihe von Aktionsfeldern. Aber alle staatlichen Reaktionen müssen sich an dem Gebot der **Verhältnismäßigkeit der Mittel** orientieren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und hier ist politisches Augenmaß gefordert.

Schon mehrfach haben wir hier über die Frage der Beobachtung der **Scientology-Organisation** durch den **Verfassungsschutz** diskutiert. Es besteht zur Zeit ein Prüfauftrag an die Innenminister. Ich meine, daß vor einer positiven Entscheidung auf jeden Fall alle jene substantiellen Bedenken ausgeräumt werden müssen, die der Herr Innenminister Wienholtz hier im Landtag am 25. Januar letzten Jahres vorgetragen hat. Ich verhehle nicht, daß wir Liberale im Hinblick auf einen solchen Auftrag an den Verfassungsschutz außerordentlich skeptisch sind und gegenwärtig

jedenfalls keinen Anlaß sehen, zu diesem Mittel zu greifen.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also wirklich, lieber Kollege Klug, ich fand schon, daß das eben eine billige Bemerkung war.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Das meiste, was Sie zum Inhalt des Sektenberichts sagten, kann ich unterschreiben, aber ich fand nicht, daß Ihre Bemerkung, die die Kollegin Fröhlich betraf, irgend etwas mit der Sache zu tun hatte. Ich finde, daß war ein bißchen daneben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Man kann aber trotzdem feststellen, daß man sich nicht immer vom SSW bewerten lassen muß!)

- Ich habe das nicht verstanden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie glauben wohl, dauernd Zensuren verteilen zu müssen!)

- Das tue ich nicht, aber ich kann doch wohl eine Bemerkung machen. Ich fand, das war daneben. Das war meine Bemerkung.

(Zurufe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren! Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Genau! Ich bin versucht, hier nochmals auf die Entstehungsgründe der großen und wachsenden **Attraktivität von Sekten** und ähnlichen Organisationen einzugehen, aber der Bericht tut dieses

in seinem einleitenden Teil so ausgezeichnet, daß ich es hier nicht noch einmal wiederholen muß.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel  
[SPD] und Frauke Walhorn [SPD])

Ich möchte nur noch eines anmerken. Wenn Bürgerinnen und Bürger heute eine verstärkte Anziehungskraft solcher Gruppierungen verspüren, wenn sie das Gefühl haben, daß die Kirchen und andere gesellschaftliche Institutionen ihnen nicht ausreichend Lebensbewältigungshilfe und Orientierung bieten, dann ist das vor allem auch eine Herausforderung für eben diese Institutionen. Dann müssen sie sich auch Gedanken machen, wie sie das Vertrauen zurückgewinnen wollen. Dann reicht es nicht, nach Bekämpfung der Sekten und drakonischen Maßnahmen zu rufen. Dann müssen auch die alten „Sinnstifter“ sich mit sich selbst auseinandersetzen. Sie müssen unter Umständen zugeben, daß auch sie versagt haben, und dürfen nicht einfach so weitermachen wie bisher.

Gerade wir als Politikerinnen und Politiker könnten uns da mit Gewinn an die eigene Nase fassen. In Verbindung mit den jugendpolitischen Debatten ist es mehrfach erwähnt worden. Wer aus Ratlosigkeit oder anderen menschlichen Gründen einmal nicht weiß, was er tun soll, der sollte es auch zugeben und nicht seine Untätigkeit beharrlich als gute Strategie verkaufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Es stünde den Meinungsmachern hierzulande ganz gut zu Gesicht, wenn sie auch einmal zugäben, daß sie von einem Thema keine Ahnung haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Das wird aber normalerweise nicht akzeptiert. Wenn wir von dieser schlechten Kultur wieder wegkommen, dann könnten wir sicher einiges an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Aber damit kein falscher Zungenschlag aufkommt, unterstreiche ich sicherheitshalber: Dies ist nicht auf die Sektenpolitik gemünzt, sondern ganz allgemein auf die politische Kultur bezogen.

Es gibt nun aber leider eine ganze Reihe von Organisationen, die diese allgemeine **Unsicherheit der Menschen** in der individualisierten Leistungsgesellschaft für eigene Zwecke ausnutzen.

Wir haben die Pflicht, unser Wissen über diese Organisationen zu nutzen, um Gefahren für die geistige, körperliche, soziale und materielle Lage der Menschen abzuwenden.

(Beifall der Abgeordneten Frauke  
Walhorn [SPD])

Dabei bewegen wir uns in einem Spannungsfeld, denn die Menschen haben die Freiheit, zu denken und zu glauben, was sie wollen. Es ist unsere Entscheidung, wann den Menschen durch Abhängigkeit von einer Organisation soviel Schaden zugefügt wird, daß der Staat eingreifen muß, und es ist unsere Entscheidung, welche Mittel wir dafür einsetzen.

Wir haben hierzulande durch den Sektenbeauftragten in der Staatskanzlei ein vorbildliches Instrument für den Umgang mit Sekten und Organisationen wie der Scientology.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel  
[SPD] und Frauke Walhorn [SPD])

Die Politik der Landesregierung in diesem Bereich und die Arbeit der **Informationsstelle** haben meine volle Hochachtung.

(Beifall bei der SPD und des  
Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug  
[F.D.P.]

Was nun die Verwendung des Verfassungsschutzes in Verbindung mit totalitären Gruppierungen wie **Scientology** angeht, so möchte ich allerdings zu äußerster Vorsicht mahnen. Da stimme ich mit dir völlig überein.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr.  
Ekkehard Klug [F.D.P.]

Damit will ich gar nicht die Gefährlichkeit scientologischen Denkens unterschlagen, aber es steckt ein Körnchen Wahrheit in der Ansicht der Scientology-Kennerin Liane von Billerbeck, daß „einige zumeist konservative Politiker alles andere als geschickt auf die unsinnigen Vorwürfe des Sektenkonzerns“, Scientology werde in Deutschland verfolgt, reagieren. „Man argumentiert eher mit Schaum vorm Mund als mit Tatsachen“, sagt Frau von Billerbeck, und ein bißchen ist da schon dran.

Die Anstrengungen, Scientology anders anzupacken als mit dem Verfassungsschutz, sind bisher durchaus nicht

ohne Erfolg gewesen. Scientology hat in vielen europäischen Ländern schwere Schläge einstecken müssen, ohne daß Geheimdienste impliziert waren. In diesen Fällen wurde nur geltendes Recht angewandt.

Außerdem bestehen viele andere Möglichkeiten, die dubiosen Aktivitäten der Sekte zu unterbinden und publik zu machen. Durch lobenswerten Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern sind einige Projekte des **Scientology-Bereichs ABLE** verwässert worden. Da hat sich also Aufklärung bewährt. In anderen Fällen kann und muß man den rechtlichen Weg einschlagen, wie zum Beispiel bei der Klage gegen Narconon oder bei dem Vorgehen gegen die Schule in Bjørndrup.

Auch für den **WISE-Bereich** erreicht man nach meiner Ansicht durch Aufklärung am meisten. Die Initiative, bei Vertragsabschlüssen des Landes mit Fremdfirmen eine Erklärung unterzeichnen zu lassen, indem sich die Betroffenen von den Lehren Hubbards distanzieren müssen, scheint ja bisher ganz gut funktioniert zu haben. Es wäre natürlich schön, wenn man in der privaten Wirtschaft etwas ähnliches durchsetzen könnte. Auch in diesem Bereich können Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv werden - siehe die verschiedenen Mieterinitiativen gegen die Machenschaften der Scientology im Immobilienbereich.

Für den dritten Zweig der **Scientology**, die **Church**, ist ebenfalls Aufklärungsarbeit das A und O. Gerade in diesem Bereich sehe ich in erster Linie die Herausforderung, der angeblichen Lebenshilfe der angeblichen Kirche Scientology etwas gegenüberzustellen.

Ich meine also, daß es ein großes Potential anderer Möglichkeiten gibt, als Verfassungsschützer in die Scientology zu schicken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe, daß es ein Bedürfnis nach Information über diese Vereinigung gibt. Ich sehe, daß die Programmatik der Scientology totalitär und menschenverachtend ist. Ich sehe, daß diese Organisation ein wirklich krankhaftes Verhältnis zu Deutschland hat. Bevor wir aber nicht alle anderen Mittel genutzt haben, sehe ich keine Grundlage für den Einsatz des Verfassungsschutzes.

Für mich gibt es zwei zentrale Mittel gegen Scientology und ähnliche Organisationen. Zum einen müssen wir jede Gelegenheit nutzen, rechtswidriges Verhalten von Sektenmitgliedern oder der Organisation zu verfolgen.

Zum anderen ist es wichtig, ihr die Grundlage zu entziehen, nämlich jene Bürgerinnen und Bürger, die bei Scientology Hilfe suchen. Das geht nur durch Sinnstiftung und durch eine fortgesetzte und verstärkte **Aufklärungsarbeit**. Nur so werden wir die Gefahr Scientology wirklich bannen. Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz könnte bestenfalls zu einem Verbot von Scientology führen. Zu glauben, daß ein solches die Aktivitäten der totalitären und extremistischen Organisation in Deutschland unterbinden würde, wäre so blauäugig, daß ich das keiner Kollegin und keinem Kollegen zutraue.

Ein Bereich, den ich im Bericht etwas vermißt habe, ist die Information darüber, wie **Sektenaussteigern** geholfen werden kann und geholfen wird. Für viele stellt sich die Situation ungefähr so dar wie für jemanden, der aus einer harten Drogenkarriere herausgekommen ist. Das soziale Umfeld und die materielle Absicherung sind weggebrochen, und man steht vor einem totalen Neuanfang. Ich habe den Eindruck, daß Hilfen für solche Lebenssituationen noch viel zu wenig vorhanden sind, lasse mich aber gern eines Besseren belehren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall' Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Sozialausschuß und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuß und dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, denn bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf: Verpflichtung von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnütziger Arbeit - -

(Meinhard Füllner [CDU]:  
Jahreswirtschaftsbericht! - Holger Astrup  
[SPD]: Herr Präsident! Vereinbart war,  
zu diesem Zeitpunkt den  
Jahreswirtschaftsbericht aufzurufen!)

- Wenn das Haus das vorzieht, gut!

(Holger Astrup [SPD]: Wir bitten  
darum!)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf:

## Jahreswirtschaftsbericht 1996

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/555

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Land Schleswig-Holstein kann sich von dem Sog bundesweiter Entwicklungen und Standortfragen ebensowenig freimachen wie von dem Anpassungsdruck aufgrund weltweit veränderter Koordinaten. Das beherrschende Problem, mit dem wir es nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in der ganzen Republik zu tun haben, ist die **Arbeitslosigkeit**. Ich habe die Wahrnehmung, daß dieser gesellschaftliche Sprengstoff manchmal in einem diametralen Gegensatz zu dem Achselzucken über Arbeitslosenstatistiken steht.

Mir scheint die These naheliegend und auch nicht unanständig zu sein, daß die Standortdebatte - die wir schon seit einigen Jahren führen - und die Beschäftigungsproblematik einer Regierung, die 15 Jahre im Amt ist, ein bestimmtes Zeugnis ausstellen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn ich mir vorstelle, daß seit Jahren eine eher neoliberale, jedenfalls eine sehr stark angebotsorientierte Wirtschaftspolitik betrieben wird, scheint mir die Frage nach der Überprüfung ihrer Ergebnisse erlaubt zu sein. Diese Überprüfung riecht nicht nach Versetzungszeugnis.

Ich halte an meiner Einschätzung fest, daß die **Bundesrepublik Deutschland** in einer Zeitenwende steht. Wir erleben so etwas wie eine Zäsur. Ich bin davon überzeugt, daß wir es mit einem **Ende des Wohlstandsparadigmas** der ersten Jahrzehnte dieser Republik zu tun haben. Es sind notwendige, teilweise auch schwierige Strukturveränderungen angesagt. Es geht um eine Stärkung jedweder Innovationsfähigkeit. Ich hebe nicht nur auf Techniken, sondern auch auf Organisationen, Institutionen ab. Es geht auch darum, daß man als Politiker den Menschen heute kaum noch positive Entwicklungen in Aussicht stellen kann, sondern es eher mit der schwierigen Frage zu tun hat, Zumutungen zu verteilen.

Ein Gelingen solcher Veränderungen wird in meinen Augen nur möglich sein, wenn die möglichen Verlierer und Verlustängste dabei nicht übergangen werden

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

oder wenn die Themen Wachstum und Wirtschaft mit den Themen Gerechtigkeit und fairer Lastenausgleich kombiniert werden. Ich behaupte - völlig losgelöst von Fraktionsgrenzen oder politischen Grenzen auch in diesem Haus -: Hier liegt der eigentliche Grund für den **Kompetenz- und Vertrauensverlust**, mit dem wir es zu tun haben.

Die Menschen wollen wissen, wofür sie gegebenenfalls den Gürtel enger schnallen sollen. Sie wollen wissen, wofür.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Rodust [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Der Appell, einen Gürtel enger zu schnallen, stinkt vielen buchstäblich in der Nase, wenn es gerade vorher die Abschaffung der privaten Vermögensteuer gegeben hat.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies hat einen Geruch.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Das stinkt!)

Ich glaube, daß die Entwicklung in Schleswig-Holstein maßgeblich abhängig ist vom Gelingen einer ganzen Reihe zentraler Projekte oder politischer Vorhaben. An die erste Stelle stelle ich absichtsvoll die Senkung der Lohnzusatzkosten. Ich rede nicht von der Entwicklung der realen Nettolöhne und -gehälter, sondern ich rede von der Entwicklung der Lohnzusatzkosten - einschließlich der schwierigen Frage: Wie finanziert man es denn, wenn die versicherungsfremden Leistungen aus dem Sozialversicherungssystem herausgenommen werden? Es geht um eine **Steuerreform** mit der unabdingbaren Folge einer Belebung der Inlandsnachfrage, das heißt der binnenländischen Kaufkraft. Es geht um eine Unternehmensteuerreform mit der Begünstigung reinvestierter Gewinne. Es geht um die Stärkung von

Innovationsfähigkeit. Es geht um eine stärkere Risikokapitalbeschaffung.

In einem Exkurs füge ich hinzu: Warum führen wir die Debatte über eine Reform - auch von Alterssicherungssystemen - nicht dahin gehend, daß dabei vielleicht Pensionsfonds herauskommen, die - wie in den USA - auch für eine Risikokapitalfinanzierung genutzt werden können? - Wir reden über eine Reform, auch eine Renovierung sozialer Transfersysteme. Ich könnte die Liste fortsetzen, sicherlich auch mit dem Thema Modernisierung der Verwaltung. All diese Punkte hätten unmittelbar positive Impulse für Wirtschaft, Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein.

In einer zweiten Bemerkung will ich - wenn auch nicht in extenso - auf die Daten und die Angaben eingehen, die im **Jahreswirtschaftsbericht** drinstehen; ich hielte es für langweilig, Sie erneut mit dem zu beschäftigen, was Sie alle nachlesen können. Lassen Sie mich, was die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein 1996 betrifft, mit einigen wenigen Eckpunkten herausdestillieren.

Erste Bemerkung: **Schleswig-Holstein** liegt im Trend - zumindest was das **Wirtschaftswachstum** betrifft. Es gibt andere Daten, die uns positiver als den Durchschnitt der westdeutschen Länder ausweisen. Das Wirtschaftswachstum lag 1996 mit real 1,3 % exakt, punktgenau im Durchschnitt der westdeutschen Länder. Damit hat sich ein Trend verfestigt, nach dem wir seit einigen Jahren sogar besser liegen als der Bundesdurchschnitt. Ich will darauf hinaus, daß sich das Wirtschaftswachstum dieses Landes durchaus sehen lassen kann - im Blick auf die Gesamtentwicklung zumindest der westdeutschen Länder.

Zweite Bemerkung: Ich glaube, daß dieses Land in der Rückbetrachtung der letzten acht bis zehn Jahre im **Strukturwandel** gut vorangekommen ist. Dies ist keine eitle, überhebliche Einschätzung der Landesregierung, sondern ich verweise auf entsprechende Gutachten, die in den letzten Monaten auch Gegenstand der Berichterstattung gewesen sind. Dieses Land hat strukturelle Defizite und Schwächen abgebaut. Es hat gleichzeitig zukunftssträchtige Wirtschaftsbereiche ausbauen können. Nur so ist es möglich gewesen, Entwicklungen teilweise abzufedern, die dem entgegengewirkt haben. Als Stichwörter nennen ich den Abbau des Schiffbaus in Schleswig-Holstein, der Landwirtschaft und - wie ich leider auch einbeziehen muß - der Ernährungswirtschaft in unserem Land.

Dies ist maßgeblich das Verdienst unserer Wirtschaft, der innovativen Unternehmen, die wir haben. Ich weise darauf hin, das Rückgrat ist die mittelständische Wirtschaft in unserem Lande.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn diese **mittelständische Wirtschaft** in Schleswig-Holstein ins Stottern kommt, dann haben wir wahre und echte Probleme.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wer die Probleme der mittelständischen Wirtschaft dieses Landes ignoriert, von dem behaupte ich, er verliert politisch an Bodenhaftung und an Kompetenzzuweisung.

Ein Beispiel dafür, um noch einmal den Strukturwandel deutlich zu machen, sei der Hinweis darauf, daß sich der Anteil der **Dienstleistungsunternehmen** an der Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein in den letzten 25 Jahren mehr als verdoppelt hat, heute bei 35 % liegt, und der Anteil der Beschäftigten von 14 auf 22 % gewachsen ist.

Ein zweites anschauliches Beispiel ist der Hinweis darauf, daß der Bereich **Feinmechanik und Optik** seit 1977, seit 20 Jahren, die Anzahl der Beschäftigten um ein Viertel steigern konnte, die Umsätze um 250 % auf 2,2 Milliarden DM. Zum Vergleich: Im gesamten verarbeitenden Gewerbe lag die Umsatzsteigerung in diesen letzten 20 Jahren knapp unter 90 %. Da weiß man, was dort an Dynamik stattgefunden hat.

Unbenommen dieser Hinweise auf die strukturellen Veränderungen und auch, wie ich glaube, ein vorzeigbares Wirtschaftswachstum bleibt unter dem Strich zuzugeben, daß das **Wachstum** auch in Schleswig-Holstein zu schwach ist, um den **Arbeitsmarkt** zu entlasten. Aber das gilt nicht nur für Schleswig-Holstein. Das bundesweite wirtschaftliche Wachstum ist zu schwach, um nachhaltige beschäftigungswirksame Impulse zu geben. Solche Impulse sind, wie viele Fachleute uns ausweisen, inzwischen eher bei Wachstumsraten von oberhalb 2,7 % bis 3 % zu erwarten. Wenn man sich dann in Erinnerung ruft, daß die Wachstumsprognose der Bundesregierung für 1997 bei 2,5 % liegt, dann weiß man, in welche weiteren sich verstärkenden Probleme man hineingeht.

Ich will bar jeder Polemik hinzufügen: Wer in dieser Situation die Halbierung der Arbeitslosigkeit als Möglichkeit, als erreichbar, in den Raum stellt, der wird Maßnahmen, Projekte, konkrete Vorschläge nachliefern müssen, oder er fällt anschließend mit der gesamten Gesellschaft in eine tiefe Enttäuschungs- und Frustrationsfalle.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Konjunkturschwäche** in Schleswig-Holstein ist natürlich insbesondere an der Entwicklung der **Bauwirtschaft** spürbar, die maßgeblich auch für die Verschlechterung von Wirtschaftsdaten verantwortlich ist. Die Bauwirtschaft hat nach den neuesten Zahlen im letzten Jahr ungefähr 10 % zurückschrauben müssen. Aber auch in anderen Bereichen, allerdings wie im Bund auch, sind am ehesten Rückgänge festzustellen, auf die ich in extenso gar nicht eingehen will.

Mich beschäftigt sehr stark das Sorgenkind des **produzierenden Gewerbes** in Schleswig-Holstein, wo der Rationalisierungsdruck nach wie vor beherrschend ist, und ich behaupte, er wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern, und der unter dem Anpassungsdruck - aus dem, was wir als Globalisierung verkürzend, aber trotzdem, wie ich glaube, in wesentlichen Bestandteilen richtig beschreiben können - gerade auf das produzierende Gewerbe wirkt. Hier bleibt der Landesregierung häufig nichts anderes übrig, als Feuerwehr zu spielen. Ich behaupte, daß wir das mit dem Instrumentarium, das wir haben, in den letzten Jahren erfolgreich, wenn auch nicht in jedem Fall, haben betreiben können. Ich erinnere an das Bürgschaftsinstrumentarium und an begleitende Institutionen, die wir dafür haben, die lautlos und effektiv in vielen Fällen abstürzende Unternehmen mit ihren Beschäftigten haben stabilisieren können.

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung wird an ihrem Kurs festhalten. Wir werden uns weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten, die wir haben, für Rahmenbedingungen einsetzen, die den **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein** stärken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Konkret?)

- Ich komme gleich darauf zu sprechen, Herr Kubicki!

Ich werde zwei Kernpunkte weiterhin im Visier haben: den Ausbau der wirtschaftsnahen **Infrastruktur** und den **Technologiestandort** Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Für meine Arbeit - um den Zwischenruf von Herrn Kubicki aufzugreifen - wird es in diesem Jahr - in diesem Jahr, nicht irgendwann nach dem Jahr 2000 - aus meiner Sicht, aus der Sicht der Landesregierung, zehn vordringliche Projekte geben, von denen meine Arbeit als Wirtschafts- und Verkehrsminister geprägt sein wird. Ohne damit eine Rangfolge zu verbinden, versuche ich, diese Punkte im Telegrammstil einmal aufzulisten.

Es wird an der ersten Stelle die Notwendigkeit stehen, die Maßnahmen, die sich das **Bündnis für Ausbildung** vornimmt, umzusetzen und zu unterstützen mit Blick auf die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem sollen auch eine ganze Reihe von regionalen Ausbildungsplatzkonferenzen dienen, wo es auch darum geht, durch Fragen an die Landesregierung - fast hätte ich gesagt: zu provozieren - jedenfalls dazu zu ermutigen, um unsererseits zu lernen, wo wir Korken aus Flaschen ziehen können.

Zweitens geht es um die Fertigstellung eines Konzeptes für die **Informations- und Kommunikationstechnologien**.

Es geht drittens um eine gemeinsame Initiative mit Blick auf den Erhalt des **Duty-free-Handels** - eine Frage in diesem Jahr.

Es wird viertens in wenigen Wochen, sprich: im April, der erste Planfeststellungsbeschluß zur **Ostsee-Autobahn A 20** von uns vorgelegt.

(Zuruf von der F.D.P.: Sehr gut!)

Es geht fünftens darum, daß wir mit der **Existenzgründungsoffensive**, die wir auf den Weg gebracht haben - gerade dazu habe ich letzte Woche eine Pressekonferenz mit den Partnern veranstalten können -, weitere Ergebnisse nicht nur schöpfen, sondern auch tatsächlich umsetzen.

Es geht sechstens um ein Programm zur **Radwegförderung** in Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Es geht siebtens um den ersten landesweiten **Nahverkehrsplan** - auch eine Aufgabenstellung in Auswertung aller Stellungnahmen noch bis zur Sommerpause.

Es geht achtens um die Vorlage der Untersuchungsergebnisse zur **Elbquerung** im Zusammenwirken mit dem BMV.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Wunderbar!)

Es geht neuntens um die Vorlage der Ergebnisse zur **Schienenknotenpunkt-Untersuchung Hamburg**, um auch daraus weitere Rückschlüsse zu ziehen.

Und ich möchte zehntens mindestens Ende dieses Jahres in konkrete Verhandlungen mit der DB AG eintreten zur **Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck** einschließlich des Lübecker Hafens.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Die **Landesregierung** wird ihren auf **Dialog** gerichteten Kurs in der Wirtschaftspolitik fortsetzen. Uns ist an einem guten Klima mit allen Partnern, mit allen Akteuren, mit allen gesellschaftlichen Gruppen in diesem Lande gelegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Ich will in einem Exkurs mit einem Anflug auch von Selbstkritik hinzufügen, daß meine Wahrnehmung in dem Gespräch mit all diesen Gruppen ist, daß sie zunehmend die großen Lösungen im Bereich der Wirtschafts- und auch der Verkehrspolitik nicht mehr zwingend entlang von Parteigrenzen und Parteiprogrammen erwarten. Sie tun es - täuschen Sie sich nicht in unserer jeweiligen Verhaftung in den Parteien über diese Wahrnehmung - in gesellschaftlichen Gruppen über uns hinweg. Ich glaube, deshalb sind die Fähigkeit zum Zuhören und auch die Offenheit für neue Wege, aber auch umgekehrt die Notwendigkeit, Urteilsfähigkeit in der Wahrnehmung dieser gesellschaftlichen Gruppen zu gewinnen, von erheblicher Bedeutung -

(Beifall bei der F.D.P.)

dies um so mehr, wenn man gleichzeitig weiß, daß der finanzielle Spielraum der öffentlichen Hände und damit auch des Landes, damit auch des Wirtschaftsministers, gegen Null tendiert. Eine „Politik der goldenen

Mohrrübe“ zu betreiben, will sagen: bestimmte Projekte zu initiieren, indem ich schlicht dazu Zuschüsse gebe - das ist vorbei. Also werde ich auf anderen Gebieten stärker dienstleistungsorientiert oder stärker kompetenzorientiert operieren müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Deshalb ist es so wichtig, die Kieler Runde auszufüllen. Ich glaube, daß dies ein wichtiges Instrument dieser dialogorientierten Wirtschaftspolitik ist.

Im Sinne dieses Exkurses hier, in dem wir uns nicht darüber hinwegtäuschen sollten, daß viele Menschen mit Parteiritualen und Parteiweisheiten nicht mehr so furchtbar viel anfangen können, möchte ich Ihnen auch das gemeinsame Wort der beiden **Kirchen** zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland zur Lektüre anempfehlen, weil es genau diese Punkte aufgreift.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vielleicht ist dieses gemeinsame Wort auch eine Wegweisung für ein Partei- und Fraktionsgrenzen überschreitendes Ringen für die richtigen Antworten und Lösungen im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Rodust.

**Ulrike Rodust [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir danken dem Wirtschaftsminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den vorliegenden Bericht. Er ist in seiner neuen Form sehr gut lesbar, übersichtlich gegliedert und gerade durch seine schlanke Form bestechend.

Im Jahre 1996 gingen in Deutschland weitere 500 000 Arbeitsplätze verloren. Wir haben somit den Höchststand von 4,67 Millionen Arbeitslosen erreicht. Das ist ein neuer Negativrekord seit dem Winter 1955. Diese **Massenarbeitslosigkeit** ist die größte Katastrophe seit Kriegsende.

(Beifall bei der SPD)

Börsenkurse und Konzerngewinne steigen mit zweistelligen Raten, während die Einkommen der abhängig Beschäftigten sinken und die Arbeitslosigkeit parallel zu den Defiziten der öffentlichen Haushalte wächst. Zudem werden die Steuereinnahmen des Staates zunehmend aus Lohnsteuern aufgebracht. Der Weg steil abwärts in den Lohnsteuerstaat geht weiter.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch nicht!)

Die kopflosen Reaktionen der **Bundesregierung** haben zu einer Verschärfung statt zu einer Milderung der Arbeitskrise geführt. Undifferenzierte und sozial ungerechte Kürzungsaktionen haben öffentliche Investitionen für die Zukunft noch stärker vermindert und nur zu weiteren Wachstums-, Beschäftigungs- und Einnahmeverlusten geführt. Der Weg in die Massenarbeitslosigkeit beruht auf fatalen Fehlern der Bundesregierung. Deshalb klage ich die Bundesregierung an.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist falsch, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allein auf die Auslandsnachfrage zu setzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer macht das denn?)

Es war falsch, das von den Gewerkschaften angebotene Bündnis für Arbeit auszuschlagen und mit einem Sozialabbaupaket zu antworten.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Es war falsch, den Wirtschaftsfunktionären unwiderrprochen zu gestatten, den sozialen Konsens aufzukündigen und durch Konfrontation zu ersetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es war falsch, einen großen Teil der Kosten der deutschen Einheit den Sozialkassen aufzubürden und damit eine Explosion der Lohnnebenkosten auszulösen. Es war falsch, das Schlechtwettergeld abzuschaffen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das Entsendegesetz zögerlich zu behandeln und die Konjunkturlokomotive Bauwirtschaft zu schwächen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es war falsch, die Schuld der Arbeitsmarktkrise ausschließlich den Lohnneinkommen beziehungsweise den Lohnhöhen zuzuschreiben. Ein neuer Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik ist angesichts der wachsenden Massenarbeitslosigkeit und des Vertrauensverlustes in eine demokratisch gewählte Regierung das Gebot der Stunde.

Nur mit einer Politik, die neue wirtschaftliche Dynamik schafft und Umweltbelastungen abbaut, ist die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise zu überwinden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dynamik entsteht nur durch integrierte **Innovationen** und **Investitionen**, die neue Märkte und Beschäftigungsfelder eröffnen und zu einer Erneuerung der Unternehmenslandschaft führen. Dadurch steigen auch die Kaufkraft und die Binnennachfrage.

Doch trotz der desolaten Gesamtsituation der Bundesregierung hat es ein kleines Land wie Schleswig-Holstein geschafft, die wirtschaftspolitische Situation relativ zu verbessern. Wie sieht es bei uns aus? - Im Vergleich mit den alten Bundesländern stellen wir fest: **Schleswig-Holstein** lag beim **Wirtschaftswachstum** von 1991 bis 1995 nach Hessen an zweiter Stelle.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, es waren zu 1 % die Kernkraftwerke!)

Seit 1992 entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein besser als im Durchschnitt der alten Länder.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Brunsbüttel, Brokdorf, Krümmel!)

Der konjunkturelle Einbruch im Jahre 1993 war in Schleswig-Holstein deutlich geringer. Die Entwicklung der Arbeitsplätze war in Schleswig-Holstein besser, wie selbst die Bundesregierung dem Land in einer Kleinen Anfrage bestätigte. Die Steuerkraft von Schleswig-Holstein hat sich von 88,1 % im Jahr 1988 auf 102,5 % im Jahr 1995 verbessert. Nach einer Befragung des Deutschen Instituts für Urbanistik unter

2.000 Unternehmen lag Schleswig-Holstein bei der Zufriedenheit mit dem Wirtschaftsklima nur hinter Bayern. Die Neuansiedlung von Unternehmen mit Hilfe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein, dem Wirtschaftsministerium, der Investitionsbank und den regionalen Wirtschaftsförderern verlief in den letzten Jahren sehr erfolgreich. Im Jahre 1996 siedelten sich aufgrund dieser Initiativen 121 Unternehmen in Schleswig-Holstein neu an.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die meisten aus Hamburg!)

Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze lag bei 2.323.

Die gesamten Neueintragungen im Handelsregister haben nach Mitteilung der IHK vom Februar 1996 von 1989 bis 1995 um 34 % zugenommen. Dabei handelt es sich allerdings nicht ausschließlich um Neugründungen; ein Teil sind Sitzverlegungen, Betriebsausweitungen oder nachträgliche Vornahme der Handelsregistereintragen.

Die Politik muß - so wird es im Wirtschaftsministerium auch gehandhabt - der Bestandspflege und der Unterstützung der im Land vorhandenen Wirtschaft die größte Aufmerksamkeit schenken, zum Beispiel durch Branchendialoge, Exportförderung und Weiterqualifikation.

Die Zahl der von der Wirtschaft angebotenen **Ausbildungsplätze** ist - wie im gesamten Bundesgebiet - auch in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren zurückgegangen. Trotzdem haben wir es 1996 erneut geschafft, jedem Ausbildungswilligen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Das Bündnis für Ausbildung hat hier große Verdienste. In diesem Jahr werden wir jedoch zusätzlich 350 bis 400 Ausbildungsplätze benötigen. Ich rufe von dieser Stelle die Wirtschaft auf, weitere Ausbildungsplätze zu schaffen, um den Jugendlichen ihre Chance auf Bildung zu geben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, daß es gelungen ist, nun auch mit den Handwerkskammern einen Konsens gefunden zu haben, indem wir die Verteilung der 1.440 Berufsschulstunden flexibilisieren.

Insgesamt hat die **Zahl der Erwerbstätigen** in Schleswig-Holstein von 1.135.000 im Jahre 1988 auf 1.248.000 im Jahre 1995 zugenommen. Das ist eine

Zunahme von 10 %. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß die Zahl weiblicher Erwerbstätiger um 19,9 % zugenommen hat. Wie dringend die Maßnahmen des Landes notwendig sind, wird deutlich, wenn man sich einmal ansieht, daß der Bund in Schleswig-Holstein nicht nur ständig Finanzmittel entzieht, sondern auch rund 28.000 Arbeitsplätze abgebaut hat.

Der von der Landesregierung seit 1988 eingeschlagene wirtschaftspolitische Weg ist richtig. Die **Innovationstechnologie** und **Existenzgründungsoffensive** werden weitere neue Arbeitsplätze bringen. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie wird unser Land für Unternehmen weiterhin attraktiv machen. Wir werden es schaffen, ohne allzu großen Schaden aus der Strukturkrise herauszukommen. Denn die Sorgen und Probleme der Unternehmen sind erkannt und werden angepackt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Dank an das Ministerium hat Frau Rodust ausgesprochen; dem können wir uns anschließen.

Frau Rodust, der falschen Litanei, die Sie in Richtung Bonn abgesehen haben, können wir allerdings nicht folgen.

(Zurufe)

Gar nicht kann ich verstehen, daß Sie für den Bericht der Landesregierung nur Lobeshymnen übrighaben; vielmehr läßt der Bericht eine Reihe von Fragen offen, Sie haben offenbar keine Fragen.

Herr Minister, Ihre grundsätzlichen Erwägungen zur Steuerreform und auch Ihre Hinweise auf die KMU kann man teilen. Ich wollte meine Rede mit dem Hinweis darauf beginnen, daß das Ansteigen der **Arbeitslosigkeit** auf ein neues **Rekordniveau** die Schreckensnachricht der letzten Tage ist. Wir sind uns einig, daß eine unverantwortlich hohe Arbeitslosigkeit unser größtes Problem ist. Wir haben gemeinsam das Ziel, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Ich will gern

unterstreichen, daß dabei weder Gesundheitsbetriebe hilft noch der Glaube daran, daß ein Wachstum von etwa 2,5 % von selbst eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen brächte. Ich bin der Auffassung, daß wir alle zu aktiven Lösungen beitragen müssen. Dabei ist es kontraproduktiv, wenn sich Minister und Vorsitzende der SPD bei den Demonstrationen der Bergleute hinstellen und quasi in Propagandaweise **Subventionen** fordern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist genauso falsch, diesen Forderungen nachzugehen und Subventionen in großem Umfang in eine Industrie zu stecken, die sich auf den Wandel einstellen muß. Ich frage mich, was sich die SPD eigentlich dabei gedacht hat, hier eine Unterstützung vorzunehmen, und was sie gedenkt, bei den Bauarbeitern und den vielen anderen Arbeitslosen zu tun. Wie soll eine Lösung, die von allen getragen wird, mit solchen Demonstrationsmethoden zu Erfolgen führen?

Es ist auch kein aktiver Beitrag der Landesregierung, am 5. März eine Standby-Gesellschaft ins Leben zu rufen. Damit suggeriert die Landesregierung, sie betreibe Arbeitsmarktpolitik, die Leistungen aber - so wörtlich - „sollen von den Arbeitgebern bezahlt werden“. Das ist naiv, das ist kontraproduktiv, das schafft und erhält keinen Arbeitsplatz, das zeigt nur die Unfähigkeit dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Das beweist, daß zumindest diejenigen, die dieses Bündnis ins Leben gerufen haben, von Wirtschaft und von betrieblicher Praxis herzlich wenig verstehen.

Wir leisten es uns in dieser Situation, einen **Jahreswirtschaftsbericht** fast am Ende einer dreitägigen Debatte zu diskutieren, zu einem Zeitpunkt also, zum dem die meisten von uns mit den Gedanken schon im Wochenende sind. Ich frage mich, ob so ein verantwortlicher Umgang mit der im Jahreswirtschaftsbericht geforderten Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung aussieht,

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

ob wir damit der geforderten Anpassung an die heutigen Zwänge und Notwendigkeiten gerecht werden. Positiv ist allenfalls festzustellen, daß wir heute morgen und nicht erst heute mittag über den Bericht reden.

Wie widersprüchlich die Politik der Landesregierung ist, beweist die Idee der eben zitierten **Standby-Gesellschaft**. Die Arbeitsministerin will die Lohnnebenkosten erhöhen. Der Wirtschaftsminister setzt die Senkung der Lohnnebenkosten ganz oben auf die Prioritätenliste. Ich denke, das ist wirklich eine großartige Abstimmung.

Die Trennung von **Jahreswirtschaftsbericht** und **Arbeitsmarktbericht** ist sicherlich vertretbar. Aber ich meine, wir sollten sie gemeinsam diskutieren, und zwar insbesondere deswegen, weil die Landesregierung zu Recht den Abbau der Arbeitslosigkeit als Leitziel für alle Entscheidungen ansieht. Wir sollten uns im Ausschuß also mit beiden Berichten befassen.

Ich will auch - das sehe ich anders, Herr Kubicki, als Sie das offenbar getan haben - unterstreichen, daß der Jahreswirtschaftsbericht übersichtlich und leicht lesbar ist und daß er versucht - zum Teil auch mit Erfolg -, jedenfalls alle relevanten Themen anzusprechen. Es bleibt aber eine Vielzahl von Fragen offen. Vielleicht gibt der Arbeitsmarktbericht oder der angekündigte Geschäftsbericht 1996 da noch Auskunft. So jedenfalls bleibt die Regierung viele Antworten schuldig. Es macht auch keinen Sinn - da stimme ich zu -, hier alle Punkte - es sind immerhin mehr als 40 - anzusprechen. Das würde die Debattenzeit sprengen. Aber einige Fragen will ich doch stellen.

Die Landesregierung weist bei der **Existenzgründungsoffensive** Schleswig-Holstein auf die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ und die Förderung der Beratung von Unternehmen hin. Die Evaluierung bleibt sie schuldig. Bei den **Beratungs- und Schulungsangeboten** des RKW fehlt die qualitative und quantitative Bewertung. Im Kapitel „regionale Wirtschaftspolitik“ hält sich die Landesregierung viel darauf zugute, daß 24 Projekte mit immerhin 66 Millionen DM - da steht zwar 130 Millionen DM; aber wenn man genau hinguckt, dann stellt man fest, daß die Zahl nicht richtig ist - gefördert worden sind, übrigens überwiegend aus Bundes- und EU-Mitteln. Sie bleibt aber die Antwort darauf schuldig, um welche Projekte im einzelnen es sich handelt und wie hoch das Fördervolumen ist. Damit ist eine Beurteilung des Erfolgs überhaupt nicht möglich.

Bei den **Technologiebrokern** und der **Technologieinitiative** gibt die Regierung keine Antwort darauf, in wie vielen Unternehmen diese Broker eingesetzt wurden, wie viele Broker es überhaupt gibt und welche Einsatzmöglichkeiten von welchen wissenschaftlichen Entwicklungen diese Technologiebroker den Unternehmen aufgezeigt haben. Die Landesregierung gibt auch keine Auskunft darüber, ob Unternehmen aufgrund dieses Einsatzes zu Innovationen gekommen sind und, wenn ja, zu welchen.

Im Bereich der **Technologieförderung** wird auf 26 Projekte hingewiesen. Im übrigen fehlen aber die Einzelheiten genauso wie bei der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Pauschale Erfolgsmeldungen lassen eine konkrete Beurteilung nicht zu.

Mit dem Hinweis auf die **Neuansiedlung** von 121 Unternehmen macht die Regierung keine Aussage darüber, wie viele Arbeitsplätze diese neu angesiedelten Unternehmen denn wirklich geschaffen haben und ob es sich um nachhaltige Ansiedlungen gehandelt hat.

Es ziehen sich also offene Fragen durch den gesamten Bericht, so auch, Frau Rodust, beim **Bündnis für Ausbildung**. Ich will nun nicht im einzelnen darauf eingehen. Aber wenn da zum Beispiel auf die Förderung von Ausbildungsbetreuern hingewiesen wird, dann frage ich mich, wer denn da eigentlich gefördert werden soll, ob es die Auszubildenden oder die Ausbildungsbetreuer sind. Schauen Sie einmal genau hinein! Ähnliches gilt übrigens in bezug auf die Weiterbildungsmakler, ein Projekt, das versuchsweise vor zirka drei Jahren ins Leben gerufen wurde und offenbar gescheitert ist.

Themen wie Tourismuspolitik und Schiffbau haben wir hier ebenso diskutiert wie das Thema Verkehrspolitik, insbesondere Schienenwege und ÖPNV.

Was die **A 20** betrifft, Herr Minister, so habe ich eben mit Freude vernommen, daß Sie einen Planfeststellungsbeschluß angekündigt haben. Ich frage Sie, ob Sie auch gleich den Sofortvollzug mit angekündigt haben, der nach dem Gesetz offenbar nicht nur möglich, sondern sogar erforderlich ist. Eine Antwort darauf haben Sie hier nicht gegeben.

(Minister Peer Steinbrück: Er ist zwingend! Da muß man einmal ins Gesetz hineingucken!)

- Richtig, er ist zwingend! Wir nehmen also zur Kenntnis, daß der Minister den Sofortvollzug für die A 20, jedenfalls für den planfestzustellenden Teil, angekündigt hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung erwartet die Auswertung der verkehrswirtschaftlichen Untersuchungen für Mitte 1997. Die Aussage, die Sie hier getroffen haben, Herr Minister, war ebenso vage wie die im Bericht. Wird dieser Termin denn gehalten? Bei der Privatfinanzierung bleiben Sie auch eine konkrete Antwort schuldig, obwohl Ihnen entsprechende Ausarbeitungen der Bauwirtschaft vorliegen.

Zustimmen können wir einigen Teilen des Jahreswirtschaftsberichts, in denen ein Ausblick auf die Zukunft genommen wird. Auch ich meine, daß es nicht gelingen wird, mit einer **Wachstumsrate** von 2,5 % die vorhandenen Risiken auf dem Arbeitsmarkt und beim Wachstum zu beseitigen. Einig sind wir uns auch darin, daß es unsere Hauptaufgabe ist, trotz ungünstiger Rahmenbedingungen alle Möglichkeiten zur Schaffung und zur Sicherung zukunftsfähiger **Arbeitsplätze** zu nutzen. Dies ist aber nur dann möglich, wenn es uns gelingt - wie auch die Landesregierung sagt -, Schleswig-Holstein als attraktiven Wirtschaftsstandort mit einer leistungsfähigen und umweltverträglichen Infrastruktur auszubauen.

Die aus dem Koalitionsvertrag und der Regierungserklärung übernommene **dialogorientierte Wirtschaftspolitik** ist dabei allerdings eher hinderlich, weil sie zu wenig ergebnisorientiert ist. Erfolge werden wir nur haben, wenn wir entbürokratisieren, deregulieren, Planfeststellungsverfahren beschleunigen und ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen, ein Klima, das nicht durch zusätzliche Abgaben und Steuern sowie durch Behinderungen bei Genehmigungen und Bauvorhaben beeinträchtigt wird. Nur dann kann die Wirtschaft nachhaltig wachsen. Dies ist die einzige Chance für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hierzu hätten wir uns klarere Aussagen gewünscht. Die Landesregierung ist einen Teil der Antworten schuldig geblieben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Wachet auf, wachet auf! Es krähet der Hahn!“, heißt es in einem Lied. Wissen Sie, warum er kräht? Er kräht, weil es stinkt, und es stinkt vom Rhein, aus Bonn. Bei dem, was wir auf dem Arbeitsmarkt zur Zeit erleben, kann ich nicht mehr ruhig zur Tagesordnung übergehen, wenn von der Wirtschaft die Rede ist. Bei 4,8 Millionen offiziellen **Arbeitslosen** und mehr als 2 Millionen, die gar nicht erst in der Statistik auftauchen, hilft es auch nicht, die mehr oder weniger erfolgreichen Maßnahmen der schleswig-holsteinischen Wirtschaftspolitik aufzuzählen. Ja, ich halte sie für erfolgreich und richtig. Aber angesichts grundlegend falsch gestellter Weichen in der Steuer- und Abgabepolitik kann das auch nur eine kleine Korrektur sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich finde es richtig, sich auf die **kleinen und mittleren Unternehmen** im Lande zu konzentrieren. Ich wünsche mir, daß das in noch stärkerem Maße geschieht. Ich halte die von der Opposition unisono geforderte Konzentration aller wirtschaftspolitischen Landesmittel auf die Werften für grundfalsch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hat denn das gemacht?)

Ich halte es für richtig, sich auf den **Technologietransfer** zu konzentrieren. In einem Hochlohnland können nur Betriebe, die an der Spitze der technologischen Entwicklung stehen, international konkurrenzfähig produzieren. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die selten in der Lage sind, eigenständig die notwendige Forschung und Entwicklung allein zu finanzieren, brauchen verstärkt die Unterstützung unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Ja, ich finde es richtig, sich auf das zukunftsversprechende **Bündnis** zwischen **Ökologie und Ökonomie** zu konzentrieren. Alles weist darauf hin, daß die Umweltschutztechnologien, energiesparende Technologien, regenerative Energien, energiesparende Bauweisen und Technologien zur Wiederverwertung von Rohstoffen Märkte der Zukunft sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Wer - wie es die Opposition fordert - die Wasser- und Abfallabgabe, mit der wesentliche Teile dieser neuen Technologien gefördert werden, streichen will, verhält sich wie ein Bauer, der sein letztes Saatgut verkauft, um mit dem Geld an der Börse zu spekulieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie so erfolgreich wären, dann würden Sie hier nicht herumstehen und so dummes Zeug erzählen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es ebenso richtig, aktiv die **Rüstungskonversion** zu unterstützen und die Chancen zu nutzen, um so den Strukturwandel voranzutreiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt auch Bereiche, in denen **Defizite** nicht zu leugnen sind. Dazu gehört zum Beispiel der **Tourismus**, der im Land eine wichtige Bedeutung hat, bei dem jedoch die Kooperation und das Problembewußtsein der handelnden Akteure in meinen Augen noch unzureichend ist. Schleswig-Holstein muß sich stärker als Land mit unverwechselbarer Identität und zielgruppenorientierten Angeboten gerade auch außerhalb der Hauptsaison profilieren. Im Billigpreiswettbewerb und mit Ferienzentren, die genauso gut am Mittelmeer oder in der Heide stehen können, hat unser Land in Konkurrenz zu anderen Ländern, auch zu Mecklenburg-Vorpommern, auf Dauer wenig Chancen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bedenklich stimmt mich auch die **Ausbildungssituation** in Schleswig-Holstein, obwohl sie besser ist als in anderen Bundesländern.

Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist rückläufig, obwohl wir zukünftig ein steigendes Angebot haben müssen. Der Rückgang beim Handwerk von 6,9 % ist bedenklich. Wir unterstützen deshalb eine den betrieblichen Bedürfnissen angepaßte Aufteilung der Berufsschulstunden, wie sie jetzt mit dem Handwerk vereinbart wurde. Wenn Maurerbetriebe beklagen, daß ihre Auszubildenden im

ersten Lehrjahr durchschnittlich nur noch 1,7 Tage pro Woche im Betrieb sind, dann ist das ein ernstes Problem.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Gewährleistung eines ausreichenden Ausbildungsangebotes sind wir unserer Jugend schuldig. Wenn sich insbesondere die großen Betriebe weiterhin scharenweise aus der Verantwortung stehlen, dann muß über ein Umlagesystem neu geredet werden, wie es zum Beispiel im Baugewerbe auf Eigeninitiative der Betriebe schon eingeführt wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie das demnächst alles haben wollen, dann machen Sie das doch!)

Aber, lieber Herr Kubicki, all dieses wird nicht reichen. Wir werden kein Wirtschaftswachstum haben, das allein Arbeitsplätze schafft, auch nicht im Bau. Indem wir Milliarden in neue Autobahnen stecken, werden wir in der Bauwirtschaft nur Strohfeuer auslösen, aber keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

Wenn in dieser Zeit über Wirtschaft geredet wird, dann muß über die grundsätzlichen Weichenstellungen in diesem Lande geredet werden. Die **Lohnnebenkosten** müssen gesenkt werden, um den Produktionsfaktor Arbeit zu entlasten. Dazu ist im ersten Schritt die Befreiung der Lohnzusatzkosten von versicherungsfremden Leistungen notwendig und längst überfällig. Zugleich muß über ein steuerfinanziertes Rentensystem geredet werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dänemark macht uns vor, wie mit einem Sozialsystem, das auch durch Mehrwertsteuer und Ökosteuer finanziert wird, hohe Nettolöhne und niedrige Bruttolöhne möglich sind. Dabei sehen die Grünen das Konzept einer **ökologischen Steuerreform** als einen entscheidenden strategischen Hebel. Die Besteuerung von Energie- und Ressourcenverbräuchen schafft genau den Spielraum, den wir brauchen, um die Lohnnebenkosten beim Einsatz der menschlichen Arbeitskraft abzusenken. Nur so kann der wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch absurde Kreislauf gestoppt werden, daß immer weniger sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen immer weiter steigende Soziallasten

für immer mehr Menschen, die keine Arbeit mehr haben oder erst gar keine Arbeit bekommen, finanzieren müssen. Jeder kleine Betrieb, der eine Person einstellt, wird in dieser Republik de facto mit einer Strafsteuer von bis zu 80 % belegt. So kann es nicht weitergehen.

Parallel dazu brauchen wir eine **Teilzeitoffensive**. Es wird Zeit, darüber nachzudenken, ob wir anstelle von Arbeitslosigkeit nicht lieber existenzsichernde Halbtagsarbeit finanzieren sollten -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

und dies im ersten Sektor und nicht in Beschäftigungsbetrieben, die nichts Richtiges machen dürfen. Die schleichende Ausbürgerung von Millionen von arbeitsuchenden Menschen aus der Erwerbsgesellschaft und damit de facto aus der Gesellschaft muß beendet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Subvention von Teilzeitarbeit würde diese für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv machen und so vielen Dauerarbeitslosen eine konkrete Erwerbsbeteiligung anbieten.

Das brennende Problem unserer Gesellschaft ist die Massenarbeitslosigkeit. Die Bonner Politik verschärft das Problem weiter. Die versprochene Halbierung der Arbeitslosenzahl steht in den Sternen. Die Unfähigkeit der Regierung in Bonn, der seit Jahren nichts einfällt, als immer neue Steuergeschenke an Abschreibungskünstler zu verabreichen und bei denen zu kürzen, die nichts haben, schreit zum Himmel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verantwortlich dafür ist in erster Linie eine Partei, die zunehmend nur von Abstaubern in dieser Gesellschaft gewählt wird. Ich halte es für verantwortungslos, diese Partei in irgendeiner Form an der Regierung zu beteiligen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Neue, unkonventionelle Konzepte sind gefragt, damit die Spaltung in der Gesellschaft, die Sie gerade betreiben, kein Dauerzustand bleibt, damit es sich für die Betriebe lohnt, Arbeitsplätze zu schaffen, und damit unsere Jugend eine Zukunft hat. Dafür werden wir kämpfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister präsentierte uns im letzten Jahr, zwei Monate vor der Landtagswahl, die Erfolgsmeldungen seiner Wirtschaftspolitik auf 136 Seiten. Im wesentlichen handelte es sich hierbei um zwei Zahlen: Die Zunahme des schleswig-holsteinischen Bruttoinlandproduktes fiel geringfügig höher aus als der Durchschnitt der westlichen Bundesländer, und die Arbeitslosenquote lag etwas unter dem Jahresdurchschnitt der alten Länder. Fazit der damaligen SPD-Alleinregierung: Triumphale Erfolge trotz der miserablen Bonner Politik.

Der Landtag nahm sich damals über zwei Stunden Zeit, einen Bericht zu debattieren, dessen ökonomische Kerndaten bereits im September des Berichtszeitraumes endeten. Die bitteren Wahrheiten wurden dann im Laufe der Zeit, peu à peu, nachgeschoben. Heute begnügen wir uns mit der abgespeckten 47-Seiten-Version und rund 60 Minuten Redezeit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist auch angemessen!)

Angesichts der fehlenden Erfolgsmeldungen frage ich: Wurde der Umfang des Berichts der Arbeit der Landesregierung angepaßt: klein und dünn? Ich will allerdings gar nicht verschweigen, Herr Minister, daß mir dieser Bericht besonders gut gefällt. Trotz des erheblich reduzierten Umfangs ist es nämlich gelungen, die wenigen Fakten übersichtlich zu arrangieren, ganz nach Art der Nouvelle cuisine. Oder anders ausgedrückt: Wirtschaftspolitik light.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Da ist nicht viel auf dem Teller!)

Wenn vor einem Jahr noch ausschließlich die Landesregierung für die Erfolgsmeldungen aus dem Hause Steinbrück verantwortlich zeichnete, ist sie dann auch bereit, heute die Verantwortung für Mißerfolge zu tragen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich!)

121 **Unternehmensneuan siedlungen** im vergangenen Jahr sind sicherlich erfreulich, insbesondere vor dem Hintergrund, daß die Zahl der durchschnittlich geschaffenen Arbeitsplätze je Neuan siedlung um rund 25 % zugenommen hat. Allerdings dämpfen 963 beantragte **Insolvenzverfahren** die Freude ganz erheblich. Betrachtet man die An siedlungsbilanz genauer, stellt man mit Erschrecken fest, daß sich in die besonders strukturschwachen Teil unseres Landes ganze zwei Neuunternehmer verirrt haben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Hierdurch entstanden gerade einmal vier neue Arbeitsplätze! Von Strukturwandel kann hier überhaupt keine Rede sein, Herr Minister.

Vernichtend fällt daher auch das Fazit des HWWA im Dezember 1996 aus. Die wesentlichen Erkenntnisse der Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung Norddeutschlands werden wie folgt zusammengefaßt: Norddeutschland ist nicht gut für die Zukunft gerüstet. Zu wenig Forschung, zu wenig Industrie, zu wenig Auslandsinvestitionen. Einzig Hamburg verdient danach den Beinamen „Hoch im Norden“. Der neueste Vergleich der Wirtschaftskraft aller 16 Bundesländer zeigt: Das 1,7 Millionen Einwohner starke Hamburg trug 136,6 Milliarden DM zum deutschen Bruttoinlandprodukt bei; Schleswig-Holstein brachte es mit einer Million Einwohnern mehr gerade einmal auf 110,9 Milliarden DM.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Ursächlich ist wiederum die Strukturschwäche unseres Landes.

So sehr sich der Wirtschaftsminister auch müht - was wir immer dankbar anerkannt haben -, so erweist sich doch die Politik der Landesregierung immer mehr als Stolperstein auf dem Weg zum **Strukturwandel**.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Arbeitsplätze entstehen eben nicht dadurch, daß die Frau Ministerpräsidentin während einer Debatte

zehnmal das Wort „Arbeitsplatz“ ausruft. Forschungsrückstände holt man nicht auf, indem man mit Stolz auf die Anzahl der gegründeten **Technologiezentren** blickt.

Herr Minister, Sie haben völlig zu Recht diagnostiziert, daß die mittlerweile vorhandenen Ressourcen viel zu wenig outputorientiert angewendet werden. Nach wie vor ist der Weg von der Entwicklung bis zum marktreifen Produkt zu lang. In der schnellen Umsetzung liegen die Chancen für den Wirtschaftsstandort, also auch für Schleswig-Holstein. - Das sind Ihre eigenen Worte, Herr Minister. - Bildlich gesprochen: Was gestern noch im Forschungslabor getestet wurde, sollte bereits morgen in aller Welt gekauft werden können.

Frau Fröhlich, jetzt sollen sogenannte Technologie-Broker eingesetzt werden - ich denke, Sie wissen das -, um diesen Prozeß zu beschleunigen. Die Frage, wie erfolgreich diese Technologie-Broker, die, Herr Kayenburg, im übrigen bei den Technologiezentren angesiedelt werden sollen, sein werden, werden wir uns sicherlich im nächsten Jahr anhören.

Das **Bruttoinlandsprodukt** Schleswig-Holsteins nahm im vergangenen Jahr um real 1,3 % zu. Damit liegen wir genau im Mittel aller westlichen Bundesländer. Gerade die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen dürfen sich aber nicht zufrieden zurücklehnen und erleichtert feststellen, in schwierigen Zeiten mit einem blauen Auge davongekommen zu sein. Der reale Zuwachs der Wirtschaftskraft ist nämlich fast ausschließlich auf den störungsfreien und mit hoher Kapazität gefahrenen Betrieb der drei **Kernkraftwerke** im Lande zurückzuführen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er gibt es zu!)

- Nein, das gibt er nicht zu.

(Minister Peer Steinbrück: Ich bestreite das auch - -)

- Es ist ja auch nicht zu bestreiten. Insoweit ist es ja nicht so schwierig, das zuzugeben.

Zieht man deren Beitrag zum Wirtschaftswachstum ab, gäbe es keines mehr in Schleswig-Holstein. Auch das ist leider kein Zeichen für den bewältigten Strukturwandel. High-Tech-Land Schleswig-Holstein, das ist zwar sehr wünschenswert, ist aber bisher Wunschvorstellung.

Ebenso verhält es sich übrigens mit der berühmten **Umweltwirtschaft**. Von diesem Wirtschaftszweig bleibt in Schleswig-Holstein nicht mehr viel übrig, wenn man berücksichtigt, daß ein Großteil dessen, was die Landesregierung als Boom verkauft, auf Gesetzen beruht, auf deren Grundlage die Bürger kräftig zur Kasse gebeten werden. Dies gilt fast für den gesamten Abfallbereich. Hinzu kommt die **Windenergie**, die nach wie vor von den überhöhten Stromeinspeisevergütungen profitiert. Mit anderen Worten heißt das aber: Ohne Wind und ohne Müll gäbe es in Schleswig-Holstein keine Umweltwirtschaft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wunschvorstellung bleibt auch die oft beschworene Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins bei der Arbeitsmarktpolitik. Auch hier gilt: Die frühen neunziger Jahre sind vorbei. Der Timelag hat uns eingeholt. Noch im letzten Jahr habe ich davor gewarnt, die damals im Vergleich mit den übrigen westlichen Bundesländern etwas günstigeren Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen als Indiz für den bewältigten Strukturwandel zu sehen. Bereits zu Beginn dieses Jahres kletterte die Arbeitslosenquote wieder über den Bundesdurchschnitt West.

Alle Kritik, jede Frage nach millionenschweren Arbeitsmarktprogrammen wurde immer empört zurückgewiesen, und - Herr Kollege Kayenburg hat darauf hingewiesen -, die neue Idee der Ministerin Moser zum Thema **Standby-Gesellschaft** ist sowas von abstrus - ich muß es hier sagen -, daß ich mir überhaupt nicht vorstellen kann, daß der Herr Wirtschaftsminister davon gehört hat. Jedenfalls habe ich der Reaktion von Herrn Steinbrück vorhin, als die Standby-Gesellschaft angesprochen wurde, entnommen, daß er in der Tat von diesem neuen Arbeitsmarktprojekt überhaupt nichts gewußt hat. Wir hoffen denn auch, daß das ganze noch einmal überprüft wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es gäbe ja sehr viel zu tun. Aber statt zu handeln, verzettelt sich die SPD in Widersprüche. Während sich der wirtschaftspolitische Sachverstand der Sozialdemokraten unmißverständlich gegen eine **Ausbildungsplatzabgabe** ausspricht, auch hier im Lande - Herr Minister Steinbrück hat dazu Stellung genommen -, forderte der SPD-Bundesvorsitzende Lafontaine eben dieses Zwangsinstrument, als er seine Altherrengymnastik zur Ravemusic auf dem Juso-Bundeskongreß absolvierte.

Minister Steinbrück weist im Jahreswirtschaftsbericht explizit auf den Beitrag Schleswig-Holsteins hin, daß die Sonderabschreibungen für den Schiffbau, Herr Hentschel, nicht rückwirkend zum 31.12. abgeschafft wurden und - ich zitiere - „daß diese Fehlentscheidung korrigiert und schwere Strukturbrüche für den deutschen Schiffbau abgewendet werden konnten“ - so im Jahreswirtschaftsbericht, Seite 30.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, erinnern Sie sich an den „Sozialdemokratischen Informationsbrief“ Nr. 386 vom 26. November 1996. Der SPD-Abgeordnete Günter Neugebauer, der zur Zeit leider nicht im Raum ist, forderte, die steuerliche Förderung von Verlustbeteiligungen am Bau von Handelsschiffen unverzüglich einzustellen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „An diesem Beispiel wird klar, warum sich Hamburger Millionäre rühmen können, nicht einen Pfennig Einkommensteuer zahlen zu müssen.“ Manchmal wäre es eben doch ganz hilfreich, sich vorher sachkundig zu machen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Neugebauer - er ist nicht hier, und ich will ihn auch nicht weiter kritisieren -, der offensichtlich von Außenhandelspolitik nicht so besonders viel versteht, hat nämlich seine Forderung dann auch noch auf die südkoreanischen Werften zugespitzt. „Deutsche Steuergelder für deutsche Werften“, so Günter Neugebauer im Jahre 1996.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Pfui!)

Das muß man wirklich zweimal lesen, um es glauben zu können. „Deutsche Steuergelder für deutsche Werften“ im Zeitalter einer globalen Welthandelsordnung! Während bis zu 40 % aller **Arbeitsplätze** vom **Export** abhängen, versucht ein SPD-Abgeordneter, sich mit solchen Sprüchen zu profilieren - traurig, traurig!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Minister, an manchen Stellen bereitet dann die Lektüre des Berichts wirklich Freude, zum Beispiel, wenn Sie über die Wichtigkeit des **Ausbaus des Ostuferhafens** für Kiel sprechen. Dem kann ich mich nur anschließen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich hoffe, daß die Auflagen, die jetzt mit dem Abriß der Bunkerruine verbunden worden sind, nicht dazu führen, daß der Ausbau wiederum behindert wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hört, hört!)

Auch die Vision, die am Ende des Berichts noch so einen kleinen Hauch von Zukunft vermittelt, ist in Ordnung. Die **Landesregierung** will alle Möglichkeiten zur Schaffung und Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze nutzen. Das finde ich hervorragend. Herr Minister Steinbrück hat ja sein **Zehn-Punkte-Programm** heute schon vorgestellt. Wir hoffen, daß das dann alles auch so klappt, Herr Minister, und daß Sie nicht irgendwo an einer Stelle von irgend jemandem von der linken Seite des Hauses gestoppt werden. Machen Sie weiter so!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der **Jahreswirtschaftsbericht** 1996 gibt eine gute und, was besonders wichtig ist, erstmals eine kurzgefaßte Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung und die vielfältigen Aktivitäten in Schleswig-Holstein. Wenn man die Fakten und Daten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft beurteilt, kommt es selbstverständlich immer darauf an, welche Brille man aufsetzt. Ein Glas, das zur Hälfte gefüllt ist, kann halbvoll oder halbleer sein. Ich finde auch, daß dieser Vergleich sehr bezeichnend ist für die verschiedenen öffentlichen Meinungen zu unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Im Wirtschaftsbericht 1996 ist für Schleswig-Holstein insgesamt von einem stockenden Wirtschaftswachstum und gleichbleibend hoher **Arbeitslosigkeit** die Rede. Die meisten Branchen und Gewerbe verzeichnen stagnierende oder gar rückläufige Zahlen beim Umsatz und in der Beschäftigung. Besonders schlecht sieht es in der Bauwirtschaft und auch in der für unser Land so wichtigen Ernährungswirtschaft aus. Auch das verarbeitende Gewerbe und das Handwerk haben ein mageres Jahr hinter sich. Die Ergebnisse des Einzelhandels und des Dienstleistungssektors bleiben auf gleichem Niveau wie 1995. Nur die Außenwirtschaft hat eine starke Umsatzsteigerung zu

verzeichnen, wie übrigens auch die Exportwirtschaft in ganz Deutschland.

Es gäbe also viele Gründe, die Entwicklung in unserem Land mit der negativen Brille zu beurteilen. Trotzdem muß ich sagen, das von der Opposition so stark herbeigeredetete - mit Opposition meine ich in erster Linie CDU und F.D.P. - rot-grüne Chaos sehe ich in Sachen Wirtschaftspolitik nirgendwo. Vergleicht man nämlich die Entwicklung in **Schleswig-Holstein** mit dem **Bundesdurchschnitt**, sieht es nicht so schlecht aus. Es geht auch aus dem Bericht hervor, daß die Kernkraftwerke hier eine wesentliche Rolle gespielt haben. Aber ich muß auch hinzufügen: Es gibt immer noch ein sehr hohes Maß an Betriebsblindheit, gerade in Sachen Energie. Wirtschaftswachstum wäre allemal auch möglich ohne Kernkraftwerke. Das wird uns ja anderswo auch vorgemacht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im großen und ganzen liegt Schleswig-Holstein in den meisten Bereichen im Bundestrend, was auch kein Wunder ist, da die entscheidenden **Rahmenbedingungen** für die Entwicklung leider nicht von der Landesregierung allein beeinflußt werden können, sondern Bestandteil einer allgemeinen Entwicklung sind. Die differierende Entwicklung der Wirtschaftssektoren in Schleswig-Holstein hat natürlich vielfältige Ursachen. In der Ernährungswirtschaft ist zum Beispiel die BSE-Krise für einen Großteil der Probleme verantwortlich. Im Einzelhandel hat die verringerte Kaufkraft der Bevölkerung zu Verlusten geführt. Beim Baugewerbe hat auch der besonders lange und kalte Winter 1996 eine Rolle gespielt.

Trotzdem kommen wir nicht darum herum festzustellen, daß unsere Wirtschaft generell in Zukunft vor den immensen Herausforderungen des international verstärkten Wettbewerbs stehen wird und daß viele der jetzigen negativen Trends strukturelle Ursachen haben. Wir haben bereits Anfang des Jahres an der Arbeitslosenquote weitere Anzeichen dieser Entwicklung sehen können. Ich kann dem Wirtschaftsminister nur zustimmen. Wer behauptet, die Arbeitslosigkeit lasse sich bis zum Jahr 2000 halbieren, der hätte mindestens schon vorgestern in die Puschen kommen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die Landesregierung versucht, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegenzusteuern. Das begrüßen wir. Sie betreibt eine aktive **Technologie- und Industriepolitik** und kann nach Meinung des SSW auch auf einige Erfolge zurückblicken: Stichworte sind hier der Ausbau der Technologiezentren, die Schaffung der Investitionsbank und die geplante Existenzgründungsoffensive. Besonders bei dem Technologietransfer zwischen Wirtschaft und Hochschulen sollte das Entwicklungspotential noch ausgeschöpft werden. In der vorgestrigen Plenarsitzung haben wir ja über die Möglichkeit gesprochen, Innovationsassistentinnen und -assistenten in diesem Bereich einzusetzen.

Im Jahre 1996 hat es einen Anstieg bei der **Neuansiedlung** von Unternehmen gegeben. Man darf allerdings nicht vergessen, daß gleichzeitig die Zahl der Insolvenzen im Jahr 1996 um 10 % gestiegen ist. Deshalb vertritt der SSW die Auffassung, daß eine gute Bestandspflege der in Schleswig-Holstein ansässigen Unternehmen genauso wichtig oder vielleicht sogar noch wichtiger ist als die Förderung von Neuansiedlungen.

Die bescheidenen Erfolge der hiesigen Wirtschaftspolitik sind überhaupt kein Anlaß, sich zurückzulehnen. Probleme und Herausforderungen gibt es genug, insbesondere in den strukturschwachen Gebieten des Landes wie zum Beispiel dem Landesteil Schleswig. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Hohe Arbeitslosigkeit, wenige Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe und auch wenige Neuansiedlungen sind bezeichnend für die Probleme in unserem Landesteil.

Die Folgen des **Truppenabbaus** beispielsweise in der **Stadt Flensburg** sind hinreichend bekannt. Hinzu kommt der Verlust vieler Arbeitsplätze in den letzten Jahren in der Ernährungswirtschaft, weil Standorte in Ostdeutschland und Osteuropa für viele Betriebe attraktiver sind. Der Konkurs des Annuss-Konzerns aus Niebüll ist dafür ja ein Beispiel.

Die aufgezeigten Probleme zeigen die Berechtigung der Einrichtung eines Landesbeauftragten für unseren Landesteil. Angesichts der schlechten Lage ist die Ungeduld vieler Kommunalpolitiker, auch in meiner eigenen Partei, groß. Sie verlangen, daß der **Landesbeauftragte** jetzt handeln soll. Leider müssen wir einsehen, daß die negativen Trends nicht von heute auf morgen zu ändern sind. Wir müssen also noch Geduld haben. Aber wir wollen natürlich auch Ergebnisse sehen.

Der SSW hat es immer noch nicht verdaut, daß die alten **Regionalprogramme** aufgelöst worden sind. Ich sehe es so, daß das neue Regionalprogramm mit seinem neuen Förderkonzept zu finanziellen Einbußen bei den Investitionen für unsere Region geführt hat. Man könnte das akzeptieren, wenn die Ergebnisse des Programms wirklich effizienter wären. Denn am Ende zählt natürlich, wie viele Arbeitsplätze man mit diesem Programm schafft oder erhält.

Sieht man sich die Zahlen in der Anlage 10 an, so scheint die Anzahl der neuen Dauerarbeitsplätze und die Anzahl der gesicherten Arbeitsplätze im Rahmen des Regionalprogramms in ganz Schleswig-Holstein gesunken zu sein. Auch bei den Förderprogrammen insgesamt ist eine abnehmende Tendenz deutlich zu erkennen. Wie die Entwicklung in den einzelnen Regionen des Landes ist, geht aus dem Bericht leider nicht eindeutig hervor. Aber angesichts dieser Zahlen warten wir mit Spannung auf das Gutachten, das die Wirksamkeit und die Effektivität des Regionalprogramms beurteilen soll.

In seiner Einleitung zum Jahreswirtschaftsbericht weist der Wirtschaftsminister in diesem Zusammenhang auf die hohe Priorität der Senkung der **Lohnnebenkosten** hin. Im Prinzip können dem wohl alle zustimmen. Wir auch. Doch man kann die Standortfrage nicht immer nur auf die Lohnnebenkosten der Beschäftigten beschränken. Das ist eine zu einfache Sichtweise. In einem „Spiegel“-Interview macht das der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach deutlich:

„Auch die ‚billige‘ Produktion im Ausland hat ihren Preis. Es hat ja eine Reihe von Unternehmen gegeben, die wieder zurückgekommen sind. Da wurden im Ausland Qualitätsstandards nicht gehalten, da fehlte es an der entsprechenden Infrastruktur, den niedrigen Löhnen entsprach oft auch eine niedrige Produktivität, den Arbeitskräften fehlte die nötige Qualifikation.“

Dazu paßt auch das Beispiel des Unternehmens **Motorola** in **Flensburg**. Nach Aussagen des Personalchefs der Firma habe man sich in Flensburg angesiedelt, weil man dort durch gezielten Technologieeinsatz und durch die qualifizierten Mitarbeiter eine sehr hohe Produktivität erreicht habe. Trotz der hohen Lohnkosten ist man international wettbewerbsfähig, steigert den Umsatz und stellt auch neue Leute ein. Wichtig ist aber auch, daß die Unternehmensleitung es verstanden hat, eine gute

Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und der Gewerkschaft zu etablieren. Das wünscht man sich für andere Unternehmen auch, denn nur solchen Firmen gehört die Zukunft.

Weiter ist in diesem Fall zu erwähnen, daß Motorola finanziell von der Landesregierung gefördert worden ist;

(Ingrid Franzen [SPD]: Und wie!)

auch das muß gesagt werden. Daher hoffe ich, daß wir im Ausschuß noch einzelne Aspekte dieses Berichts diskutieren können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Jahreswirtschaftsbericht - ich schlage vor: zur abschließenden Beratung - dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Mir ist mitgeteilt worden, daß die Parlamentarischen Geschäftsführer abgesprochen haben, daß wir jetzt den Dringlichkeitsantrag behandeln.

Ich rufe jetzt also Tagesordnungspunkt 17 a auf.

**Aufrechterhaltung wichtiger Bahnstrecken in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/594

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD  
Drucksache 14/602

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

**Christel Aschmoneit-Lücke** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß dem Wirtschaftsminister das Frühstücksbrötchen nicht mehr so recht schmecken wollte

(Holger Astrup [SPD]: Unglaublich!)

und ihm die Kaffeetasse buchstäblich aus der Hand fiel, überzeugte auch uns von der dringenden Notwendigkeit, ihm sofort zur Seite zu springen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das freut uns!)

Vielleicht waren beide Reaktionen auf die Schlagzeile „Kiel - Flensburg auf dem Prüfstand“ dann doch etwas zu heftig. Wie wir mittlerweile wissen, gibt es bislang keine Pläne oder gar Beschlüsse der Deutschen Bahn AG, Strecken in Schleswig-Holstein stillzulegen - Gott sei Dank, sage ich.

Es handelt sich hierbei vielmehr um Überlegungen des Unternehmens zur Optimierung schlecht ausgelasteter Strecken. Daß ein Unternehmen **Rentabilitätsüberlegungen** anstellt, ist für uns selbstverständlich. Allerdings halten wir es für außerordentlich wichtig, der **Deutschen Bahn AG** rechtzeitig klarzumachen, wie wichtig die in die Diskussion gebrachten Strecken für die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes sind, und zwar bevor irgendwelche Beschlüsse gefaßt werden. Sehr häufig passiert es ja auch in diesem Hause, daß wir Resolutionen verabschieden, nachdem die Beschlüsse bereits auf den Weg gebracht worden sind.

Die prompte Reaktion des Wirtschaftsministers sowie die von der F.D.P.-Fraktion beantragte Debatte, die heute im Landtag geführt wird, bringen daher die **Interessen Schleswig-Holsteins** unmißverständlich zum Ausdruck. Im Rahmen der Rentabilitätsüberlegungen werden nach Angaben der Deutschen Bahn AG für unser Land wichtige Strecken nicht mehr zum langfristig gesicherten Bestandsnetz gehören. Hierzu zählen die Verbindungen Kiel - Flensburg, Itzehoe - Niebüll, Lübeck - Büchen und Bad Segeberg - Bad Oldesloe. Aber wir müssen natürlich auch die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß sich für die Deutsche Bahn AG die eine oder andere Strecke tatsächlich nicht rechnet. Die F.D.P.-Landtagsfraktion wird eine solche unternehmenspolitische Entscheidung natürlich

respektieren. In diesem Fall müssen jedoch Alternativen zur Streckensicherung nicht erst gesucht, sondern so weit erarbeitet werden, daß sie sofort umgesetzt werden können.

Wir haben daher erfreut zur Kenntnis genommen, daß die **Landesweite Verkehrsservicegesellschaft** in die Diskussion über einen Trassensicherungsvertrag bereits eingebunden ist. Letztlich wird es darauf hinauslaufen, daß das Land als Besteller von Schienenverkehrsleistungen über die LVS solche Verbindungen sichert, die möglicherweise von der Deutschen Bahn AG zur Disposition gestellt werden. Ich sage aber auch ganz klar: Was für die Deutsche Bahn AG gilt, gilt natürlich genauso für das Land. Strecken, die nach Auffassung der LVS wirtschaftlich betrieben werden können, sollen auch gesichert werden. Mit der F.D.P.-Fraktion wird es jedoch keinen Eisenbahnverkehr zu jedem Preis geben. Lassen sich bestimmte Strecken nicht rentabel betreiben, dann ist auch das Land nicht in der Lage, jede Begehrlichkeit zu erfüllen.

Es liegt ja ein weiterer Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD vor; das ist die Drucksache 14/602.

Ich bitte um Aufklärung darüber, was mit der Begründung zum Antrag gemeint ist. Wir könnten dem Antrag als solchem zustimmen, aber die Begründung ist so merkwürdig, daß ich einfach nicht weiß, was Sie damit erreichen wollen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wollen Sie erreichen, daß der Bund wieder für die gesamte Infrastruktur eintritt, oder wollen Sie zunächst einmal nur die Trasse oder nur den Gleiskörper sichern? - Das habe ich einfach noch nicht verstanden.

Ich gehe ohnehin davon aus, daß unser Dringlichkeitsantrag und Ihr Antrag dem Ausschuß überwiesen werden. - Das würde ich jedenfalls begrüßen. Dort könnten wir den aktuellen Sachstand erörtern und uns unterrichten lassen. Ich hoffe, daß bis dahin auch der Herr Minister eine Antwort auf seine „Frühstückspost“ bekommen hat, so daß wir unter dem Eindruck des neuesten Standes der Entwicklungen und aufgeklärt über alles, was in diesem Zusammenhang zu sagen ist, sicherlich sachgerechter darüber diskutieren und entscheiden können, als wir das heute können.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Poppendiecker.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich dachte, der ist für die Feuerwehr zuständig! Ist er jetzt auch für den Magen zuständig?)

**Gerhard Poppendiecker [SPD]:**

Guten Morgen, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! - Das Thema Feuerwehr scheint Ihnen ja schwer auf dem Magen zu liegen.

Ich wollte eigentlich auch auf die Stichworte „nach dem Frühstück“ und „sich verschlucken“ eingehen.

Ich möchte an dieser Stelle einen Dank an unseren Eisenminister aussprechen.

(Heiterkeit und Beifall)

- Eisenbahnminister! - Das war die verkürzte Form vom Eisenbahnminister, des eisernen Ministers in Sachen Wirtschaft. Insofern paßte das.

Frau Aschmoneit-Lücke, er ist einfach unser ICE in Bahnfragen. Dagegen kann man nichts machen!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Wer schrie eben so fürchterlich dazwischen? - Das ist ja fürchterlich!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

„Nomen est omen“, sagt man - in Frankfurt stimmt das Sprichwort wirklich. Das, was von der Bahn kommt, ist wirklich dürr. Es ist dürr, es kommt nichts Vernünftiges, das ist das Schlimme.

(Beifall bei der SPD - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man soll das nicht übertreiben!)

- Ja, es ist aber wirklich dürr!

Zum Teil zeigen sich hier die Nachteile der Privatisierung. In diesem Zusammenhang fällt mir der kürzeste Witz zur damaligen Deutschen Bundesbahn ein: Sitzt einer am Schreibtisch, der zweite kommt rein

und sagt: „Guten Morgen!“ Darauf sagt der erste: „Geht nicht!“ - Ja, Herr Stritzl, da muß man schon ein bißchen überlegen! Das ist klar, sonst wird das nichts mit dem Verstehen!

(Heiterkeit)

- Ich habe mir gedacht, daß das nicht alle verstehen, aber daß gerade Sie das sind, das ist schade!

(Heiterkeit)

Wir finden es ärgerlich, daß wir in den vor kurzer Zeit mit der DB AG und der Gewerkschaft geführten Gesprächen gesagt bekamen: Hört mal zu, das kann alles nicht sein. Hier droht immer mehr Privatisierung im Bereich der Strecken. Ihr müßt doch auch etwas für die Beschäftigten der DB AG tun!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Das ist völlig richtig. Wenn man morgens die Zeitung aufschlägt und liest, daß die **Bahn** wieder **Strecken** stilllegen und die **Wirtschaftlichkeit** überprüfen will, dann kommt einem langsam das kalte Grausen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Man liest weiter, sie wüßten davon überhaupt nichts. - Irgend jemand muß das doch entscheiden, irgend jemand muß doch sagen: Das wollen wir, oder das wollen wir nicht. Das Hin und Her, die Unverläßlichkeit, daß man sich absolut nicht auf die Firma Bahn verlassen kann, ist eine sehr schlimme Sache.

Das Ziel der Bahn ist offenbar, die eigene Unfähigkeit durch Stilllegungen zu vertuschen. Das hat sie viele Jahre getan.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch sagen, Frau Aschmoneit-Lücke, ich mag Sie ja sehr gern,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Heiterkeit)

aber Ihren letzten Satz: „Jetzt soll Rot-Grün einmal zeigen, das stets von ihrer Seite gebetsmühlenartig vorgetragene Bekenntnis zum Schienenverkehr wirklich umzusetzen, und was es wert ist,“ finde ich nicht schön. Der paßt gar nicht zu Ihnen.

40 Jahre, bis 1988, wurde von der CDU-Regierung außer jährlichen Streckenstilllegungen nichts, aber auch gar nichts in Sachen Bahnverkehr getan.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das muß man ganz realistisch sehen. Das ist einfach so.

Wenn die DB AG einfach nicht in der Lage ist, die Dinge in den Griff zu bekommen, dann müssen wir privat ausschreiben, um in Schleswig-Holstein die Strecken zu erhalten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dafür gibt es viele gute Beispiele im süddeutschen Raum. - Das bedeutet nicht, daß die Bayern cleverer sind. Auf Strecken, die vor zehn Jahren stillgelegt worden sind und am 1. Dezember 1996 von einem privaten Betreiber neu eröffnet worden sind, sind Mitte Februar täglich 4.100 Fahrgäste befördert worden. Das ist doch ein Zeichen dafür, daß man mit innovativen Ideen, durch Herangehen an den Kunden und durch Fahrpreisveränderungen etwas erreichen kann. Aber dieser Moloch Bahn - die Verwaltung hat sich kein Stück verschlankt - schafft das nicht.

Eine Frage muß auch sein, ob man nicht Strecken durch den Güterverkehr kostenmäßig positiv beeinflussen kann.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jawohl!)

Auch dafür gibt es wunderbare Beispiele. Was hören wir dazu von der Bahn? - Wir können nichts von Padborg wegfahren, wir können dieses und jenes nicht! Das alles spielt eine große Rolle.

Ich denke, daß wir uns über diese Frage in diesem Haus alle einig sind. Frau Aschmoneit-Lücke, wir werden das in den Ausschuß überweisen und in aller Ruhe darüber sprechen.

Wenn wir alle tüchtig aufpassen und wenn wir unseren Eisenbahnminister unterstützen, dann gelingt es uns auch, nicht einen Kilometer Strecke in unserem Land in Zukunft stilllegen zu müssen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

**Martin Kayenburg** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Ich denke, nach diesem Beitrag können wir Herrn Poppendiecker fast zum Ehrenzugführer machen.

Herr Poppendiecker, gegen Ihren Hinweis auf die Wirtschaftlichkeit habe ich Bedenken.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wenn Sie in Frage stellen, daß **Wirtschaftlichkeit** überprüft werden soll, dann liegen Sie mit Ihren Aussagen falsch. Später haben Sie das mit dem Hinweis auf Bayern und die Privatisierung relativiert. Das ist sicher auch ein Weg, den wir mitgehen können.

Es macht keinen Sinn, hier ohne Daten und Fakten zu diskutieren, deswegen sind auch wir für eine Ausschußüberweisung. Wir hatten auch schon mit der Dringlichkeit gewisse Probleme, weil der Wirtschaftsminister in einer der letzten Ausschußsitzungen über seine Gespräche mit der DB AG berichtet hat und wir davon ausgehen, daß dieses Thema weiterverfolgt wird.

Im übrigen sind weder die Planungsüberlegungen, die dargestellt wurden, noch die grundsätzlichen Aussagen zur Wirtschaftlichkeit überholt. Deshalb glaube ich, daß die Presseerklärung des SPD-Bundestagsabgeordneten Hiller eigentlich schuld daran ist, daß die Aufregung entstanden ist. Er hat nämlich in seiner Überschrift gesagt, die Bahn plane einen Streckenabbau in Schleswig-Holstein. Im Text selbst vermutet er nur, daß die von ihm genannten Strecken nicht mehr langfristig zum gesicherten Bestandsnetz gehören werden. Er unterstellt, daß diese Strecken, falls sich die Erlössituation nicht verbessert, privatisiert oder an Dritte abgegeben werden sollen. Von Stilllegungen ist keine Rede mehr. - Hieran kann man sehen, was das Auseinanderfallen von Fakten und Überschriften bewirken kann.

Hintergrund dieser Schreckensmeldungen sind offenbar die hier schon oft zitierten Rentabilitätsüberlegungen der DB AG, die sich auf das gesamte Streckennetz, nicht nur auf Schleswig-Holstein, beziehen. Ergebnis der Untersuchung ist, daß es in der Tat starke Unterdeckungen gibt. Eine solche Unterdeckung ist aber weder für die Strecke Itzehoe - Niebüll -

Westerland - entsprechende Äußerungen des Wirtschaftsministers dazu kennen wir - noch für die von Herrn Hiller genannte Strecke Kiel - Flensburg zu vermuten, die offenbar auch in der Kilometerangabe in seiner Presseerklärung nicht richtig aufgeführt ist. Sie sollten in einem wirtschaftlichen Betrieb aufrechterhalten werden können. Das gilt auch für alle übrigen Strecken, wenn sie privatisiert werden.

Hintergrund der **Streckenuntersuchung** ist die Ausgliederung des Bereichs Fahrweg der DB AG in eine sogenannte Fahrweg AG, die in zwei Jahren erfolgen soll. Wenn ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen auf dem Markt anbieten will, muß es solche Untersuchungen durchführen, denn auf Dauer eingefahrene Verluste kann der Staat mit Subventionen kompensieren, ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen aber nicht.

Zur Sicherung ist es also erforderlich, entweder Teilstillegungen vorzunehmen, wenn eine Quersubventionierung nicht möglich oder nicht gewollt ist, oder Strecken, die einen zu geringen Deckungsbeitrag erwirtschaften, zu veräußern. Eine alternative Lösung könnte auch ein Verlustausgleich durch den Besteller sein, das heißt durch den für den SPNV verantwortlichen Verkehrsträger.

Die DB AG prüft nun für die verschiedenen Strecken unterschiedliche Lösungen, die deren Erhalt sicherstellen sollen. Die Lösungen können im Einsatz moderner Technik, in der Rationalisierung und/oder in der Veränderung der Zugfrequenz liegen, aber auch in einer höheren Attraktivität durch bessere Angebote für die Nutzer.

Auch der F.D.P.-Antrag geht nicht davon aus, daß auf Dauer Verluste einfahrende Strecken erhalten bleiben sollen. Die Forderung, daß die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft - LVS - den Betrieb jener Strecken garantieren soll, die nach deren eigener Auffassung wirtschaftlich betrieben werden können, ist richtig und wird insoweit auch unterstützt. Kritisch anzumerken bleibt aber, daß ein SPD-Bundestagsabgeordneter ungeprüft Meldungen in die Welt setzt, ohne sich mit dem SPD-Minister seines von der angeblichen Stilllegung betroffenen Bundeslandes in Verbindung zu setzen. Dies zeigt nach meiner Auffassung die „vertrauensvolle“ Zusammenarbeit zwischen Bundes-SPD und Land. Herr Hiller handelt nach dem Motto: lieber Porzellan zerschlagen, als konstruktive Lösungen zu suchen; Hauptsache, man steht in der Zeitung.

Im übrigen besteht Erklärungsbedarf, Herr Minister, warum der Verkehrsminister dieses Landes offensichtlich nicht über Gespräche informiert ist, die die LVS in Frankfurt mit der DB AG geführt haben soll. In diesen Gesprächen ist dem Vernehmen nach unter anderem auch ein Vertragsentwurf zur Streckensicherung diskutiert worden. Dieser Vertragsentwurf liegt in Schleswig-Holstein vor, offenbar ist aber die Kommunikation zwischen LVS oder einer von der DB AG zitierten Nahverkehrsgesellschaft und dem verantwortlichen Ministerium nicht sichergestellt. Herr Minister, Sie sollten sich Ihre Frühstücksbrötchen vielleicht durch die LVS bringen lassen; möglicherweise sind dann noch ein paar Nachrichten dabei.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, daß ich deswegen einen Antrag gestellt habe, Frau Aschmoneit-Lücke, weil ich Ihren Antrag nicht ganz verstanden habe. Das Thema ist doch die **Aufrechterhaltung wichtiger Bahnstrecken** in Schleswig-Holstein; es geht nicht um die Aufrechterhaltung des Betriebs.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Ihr Antrag bezieht sich augenscheinlich auf den Betrieb. Ich dagegen habe den Hinweis auf das Grundgesetz gebracht, das heißt auf Artikel 87 e Abs. 4 mit der Verantwortung des Bundes für einen gemeinwohlorientierten Schienenverkehr. Dort steht ja explizit, daß der Bund für das Schienennetz verantwortlich ist. Die Landesverkehrsservicegesellschaft hat mit der Unterhaltung des Streckennetzes zunächst nichts zu tun. Das ist nicht ihre Aufgabe. Von daher geht Ihr Antrag am Thema vorbei. Deswegen habe ich eine neue Formulierung entsprechend der Gesetzeslage versucht. Weiter nichts.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das vorgelegte Ergebnis des Arbeitskreises „Zielkonzept Netz“ - daher stammen die Zahlen - der **DB Netz**, die demnächst zu einer AG werden will, stellt insgesamt 30 % des deutschen Schienennetzes in Frage. Das ist das Ergebnis dieser Studie. Aber nur eine moderne Flächenbahn kann das Rückgrat einer zukunftsfähigen Mobilität bilden. Es kann nicht sein, daß die betriebswirtschaftlichen Stilllegungsfetischisten im Frankfurter Geschäftsbereich „Netz“ darüber bestimmen, ob es morgen noch Nahverkehrsnetze in Bayern oder in Schleswig-Holstein gibt. Die vorgelegte Planung im Verkehrsbereich macht deutlich, daß die bevorstehende Gründung einer Netz AG als eigenwirtschaftlich operierendes Unternehmen eine Fehlkonstruktion ist. Die Bahn ist das Rückgrat des ÖPNV.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Auch in Schleswig-Holstein werden zwei Drittel der Personenkilometer im ÖPNV von der Bahn geleistet, dagegen lediglich ein Drittel von den Busunternehmen. Wer die Vernetzung in der Fläche ruiniert, ruiniert auch die Hauptstrecken. Denn die hohe Profitabilität auf den Hauptstrecken ist nur möglich, wenn durch die Vernetzung der Bahn in der Region mit einem dichten Netz von Bussen der **ÖPNV in der Fläche** erhalten bleibt.

Es ist leicht nachzuvollziehen, daß die hochprofitablen Fernstrecken nur in Verbindung mit den weniger befahrenen Nebenstrecken einen Sinn ergeben. Eine wirtschaftliche Kalkulation ergibt sich nur im Zusammenhang. Das anders zu sehen ist so, als würde man den Beschluß fassen, das Straßennetz komplett auf Maut umzustellen und gleichzeitig nur die Autobahn erhalten zu wollen, während die Gemeindestraßen abgeschafft werden sollen, weil sie nicht rentabel betrieben werden können. Dann kommt allerdings auch kein Auto mehr auf die Autobahn.

(Zurufe)

Wer die Nebenstrecken in die Zuständigkeit der Länder übertragen will, wie es auch schon diskutiert wird, muß wissen, daß ohne eine gleichzeitige Übertragung von Finanzmitteln diese Nebenstrecken nicht erhalten werden können. Die Aufgaben übertragen und das Geld behalten, das geht nicht.

Eine Alternative wäre allerdings, den Ländern auch die Hauptstrecken zu übertragen, so daß die Länder selbst in der Lage sind, aus ihrem Regionalverkehr und dem

Fernverkehr beim Betreiben der Strecken einen Mix herzustellen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube aber, das wird niemand wollen. Wissen Sie, warum nicht? -

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist ganz einfach: Wir würden dann nämlich in Schleswig-Holstein sehr billig wegkommen, weil uns die Strecken im Flachland billig kommen, während in Bayern und Baden-Württemberg der gesamte Verkehr eingestellt würde, weil dort durch jeden Berg ein Tunnel gebaut werden müßte oder über jedes Tal eine Brücke. Das heißt, unsere Strecken in Schleswig-Holstein sind viel billiger, so daß wir sie selbst bewirtschaften könnten. Aber die Bayern und die Baden-Württemberger können es nicht. Deswegen wird es ein solches Konzept, sämtliche Strecken zu regionalisieren, nicht geben. Das liegt aber nicht an uns.

Ich bin sehr dafür, daß endlich bei der Bahn wirtschaftlich gerechnet wird. Aber bitte sehr, dann braucht man auch Kaufleute mit dem Blick fürs Ganze, und es reichen nicht pseudokaufmännische und politisch geprägte Planungen, mit denen Milliarden in den Sand gesetzt werden. Ich erinnere nur an die 14 Milliarden Wahnsinnsinvestition beim Transrapid, und ich erinnere an die 8,5 Milliarden für die ICE-Neubaustrecke Nürnberg - Erfurt oder an den Bau der ICE-Strecke über Nürnberg, der völlig überflüssig ist. Das alles sind Entscheidungen, denen im Kern keine betriebswirtschaftlichen Kalkulationen zugrunde liegen, sondern eine rein politische Motivation beziehungsweise regionalpolitische Motivationen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich denke, Sie wollen die Bahnstrecken!)

Ich wünsche mir, daß wirklich **gesamtwirtschaftliche Rechnungen** erstellt werden, um einen vernünftigen Betrieb zu gewährleisten. Es kann dann durchaus sein, daß man dazu kommt, daß es im ÖPNV weiterhin staatliche Zuschüsse geben muß. Aber das muß zumindest vernünftig gerechnet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die Diskussion um die **Stillegung von Bahnstrecken** haben wir schon im vergangenen Jahr nördlich der Grenze verfolgen können, als die Dänischen Staatsbahnen mit Plänen arbeiteten, kleinere Strecken zu schließen, beispielsweise die Strecke Esbjerg - Tondern, die ja auch für uns von großem Interesse ist.

Von politischer Seite wurden diese Pläne damals gestoppt. Wir hoffen, daß uns dies hier im Lande bei den bekanntgewordenen Plänen der DB AG, wenn sie so stimmen, ebenfalls gelingt.

Dabei begrüßen wir ausdrücklich, daß sich alle Fraktionen dieses Hohen Hauses für die Aufrechterhaltung der Bahnstrecken einsetzen. In der Tat ist es überraschend, daß die Strecken, wie beispielsweise Flensburg - Kiel oder Itzehoe - Niebüll, langfristig unrentabel sein und somit nicht zum gesicherten Bestandsnetz der Bahn AG gehören sollen. Nach den Zahlen der LVS sind dies recht benutzte Strecken. Eine Stillegung dieser Strecken ist auf keinen Fall akzeptabel. Es wäre für die betroffenen Regionen ein herber Verlust.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau  
übernimmt den Vorsitz)

Und noch ein Beispiel für eine fehlgeleitete Verkehrspolitik. Wenn ich den Antrag der F.D.P. richtig verstanden habe - ich muß sagen, ich habe im Ausschuß noch Klärungsbedarf -, dann ist er so zu interpretieren: Wenn die Deutsche Bahn AG sich nicht mehr in der Lage sieht, die genannten Strecken wirtschaftlich zu betreiben, soll mit Hilfe der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft der Betrieb dieser Bahnstrecken gesichert werden.

Wir verstehen den F.D.P.-Antrag so, daß das Land die alleinige Verantwortung bei der Sicherstellung der genannten Strecken tragen soll. Das wäre aber nicht fair; denn den Bund, der die Rahmenbedingungen für diese Entwicklung geschaffen hat, wollen und können wir nicht aus der Verantwortung entlassen. Ich denke, das ist auch das, was Herr Hentschel vorhin ansprach. Ich hoffe, wir können das im Ausschuß klären.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:  
Nur wenn es wirtschaftlich ist, das steht  
dabei! - Martin Kayenburg [CDU]: Das  
hat Herr Hentschel auch gesagt, das steht  
dabei!)

Wenn sich die Bahn AG tatsächlich zurückziehen sollte, ist es wichtig, private Betreiber zu finden, die diese Strecken übernehmen wollen.

Ein entscheidender Punkt in diesem Zusammenhang sind die **Trassenkosten**. Laut Planung der LVS könnten die Trassenkosten durch eine Intensivierung des Wettbewerbs halbiert werden. Wenn diese Annahme stimmt, sind die Chancen, neue private Betreiber zu finden, vorhanden. Aber verlassen können wir uns darauf nicht. Wenn die privatisierten Strecken nicht betriebswirtschaftlich rentabel sind - wo stehen wir dann mit unserer Verkehrspolitik? Auch diese Frage muß gestellt werden.

Deshalb ist der SSW der Meinung, daß eine grundlegende Änderung der Verkehrspolitik in Bonn vorgenommen werden muß. Wenn man sich die bisherigen Ergebnisse der **Privatisierung der Bahn** AG ansieht - wir haben in letzter Zeit hier im Landtag des öfteren über Probleme des Schienenverkehrs diskutiert -, stellt man fest, daß sie nicht sehr ermutigend sind. Eine Privatisierung würde nur dann wirklich positive Ergebnisse bringen, wenn man gleichzeitig die finanziellen und steuerlichen Rahmenbedingungen für den Bahnbereich als Ganzes entscheidend verbessern würde. Das aber ist nicht der Fall. Der Verkehrsträger Schiene befindet sich immer noch in einem ungleichen Wettbewerb zum Verkehrsträger Straße.

Unter diesen Voraussetzungen mag es auf den ersten Blick richtig sein, daß viele Bahnstrecken betriebswirtschaftlich nicht rentabel sind. Deshalb wird es die LVS - die nach unserer Meinung bisher eine hervorragende Arbeit geleistet hat -

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

mehr als schwer haben, die Ziele zum **Ausbau des Schienenverkehrs** in Schleswig-Holstein zu erreichen. Der SSW wird sich trotzdem weiterhin für die Umsetzung der Ziele zur Förderung des Schienenverkehrs einsetzen, die im Landesnahverkehrsplan angegeben sind.

Denn für eine zukunftsweisende und umweltfreundliche Verkehrspolitik ist ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz der Bahn in Schleswig-Holstein unverzichtbar. Statt eines Abbaus der Strecken tritt der SSW entschieden dafür ein, im Zuge der SPNV-Planung - wie geplant - die Anzahl der Bahnkilometer am Gesamtverkehrsaufkommen zu erhöhen. Das heißt dann: Auch alte Bahnstrecken sollten reaktiviert werden. Der SSW jedenfalls setzt sich immer noch für eine Wiedereröffnung der **Bahnstrecke Flensburg - Niebüll** ein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. von Hielmcrone.

(Ursula Kähler [SPD]: Die Kulturdebatte ist doch vorbei!)

#### Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meinen Damen und Herren! Ich möchte einige Worte aus der Sicht der Westküste zu Ihnen sprechen. Sie ist auch durch eine mögliche Stilllegung der **Strecke Itzehoe - Niebüll** betroffen. Ich bin sehr dankbar, daß wir alle durch die Veröffentlichung wieder hellwach geworden sind. Ich meine, man darf nicht den Überbringer schlechter Botschaften dafür bestrafen, daß die Botschaft da ist. Im Gegenteil, wir müssen dankbar dafür sein, daß wir sie gehört haben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Natürlich ist es eine Botschaft. Es ist eine Botschaft, daß diese Strecke durchaus überprüft werden soll und muß und kann und sie eventuell gefährdet ist. Das ist eine Botschaft, die wir wahrzunehmen haben.

Für die **Westküste** sage ich ganz eindeutig: Diese Bahn ist das Rückgrat der Struktur unserer Westküste. Wenn sie wegbricht, ist die Westküste ein Stück weit gestört oder auch zerstört worden.

(Beifall bei SPD und SSW - Unruhe - Zurufe)

- Ihr Zwischenrufen ändert an dieser Tatsache nichts, aber auch nicht das Allergeringste.

Frau Aschmoneit-Lücke, natürlich muß ich Ihnen recht geben: Es hat keinen Sinn, leere Züge durch die Geisterlandschaft fahren zu lassen. Das muß sich lohnen. Deswegen der erste Appell an uns alle: Wir sollten wieder die Bahn benutzen.

(Holger Astrup [SPD]: Ich würde gern! Sie ist stillgelegt!)

- Das würden wir manchmal gern, wenn nur das Angebot besser wäre - auch auf Nebenstrecken.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Daran müssen wir arbeiten.

Der Grund, aus dem ich Ihnen von hier vorn etwas sagen möchte, ist etwas anderes. Wir müssen uns in der Region selber darüber bewußt sein. Wir müssen alles tun, um zu verhindern, daß es Irritationen gibt. Wir dürfen diese Bahn nicht selber in Frage stellen. Ich hatte deswegen gehofft, daß der Westküstensprecher der CDU-Fraktion,

(Angelika Volquartz [CDU]: Er redet doch gerade!)

Herr Maurus, anwesend ist. Wir müssen nämlich an einem Strang ziehen. Wir müssen uns darüber einig sein, daß wir diese Bahn erhalten wollen.

Es ist natürlich so, daß Irritationen aus der Region eine Rolle spielen. Ich höre beispielsweise über eine mögliche Verlegung der Autoverladung von Niebüll nach Handewitt. Was heißt das denn praktisch? - Das sind Stimmen aus der Region. Ich habe nichts gegen die Strecke Niebüll - Flensburg. Nur: Wenn wir die Autoverladung verlagern, bedeutet das, daß wir die **Marschbahn** zerstören. Solche Dinge sollten nicht in den Raum gesetzt werden. Es sollten auch nicht Gedanken laut werden, etwa Niebüll über Flensburg anzubinden und Husum mit der NVAG nach Jübek. Dann nämlich können wir die Marschbahn stilllegen. Diese Überlegung sollte es in der Region nicht geben.

Alle in der Region sind aufgefordert, zusammenzuarbeiten, sich zusammzusetzen und das zu unterlassen, damit diese Strecke bleibt - es sei denn, wir wollten wirklich auf sie verzichten, es sei denn, wir stünden nicht dahinter. Deshalb bin ich dankbar dafür, daß wir heute diese Diskussion haben.

Ich möchte diese dringliche Ermahnung an uns alle richten. Ich möchte keine Gräben aufreißen, sondern setze mich dafür ein, daß wir gemeinsam etwas machen, daß wir uns gemeinsam für unsere Region einsetzen.

Denn - meine Damen und Herren, das will ich nicht vergessen zu erwähnen - unser junger Freund von gestern, der in 50 Jahren nach Schleswig fährt, fährt natürlich mit der Eisenbahn nach Schleswig, weil das sehr viel besser ist, weil das sehr viel umweltschonender ist. Damit er das kann, müssen wir heute und hier zusammenstehen, damit es die entsprechenden Strecken im Land dann noch gibt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich begrüße die Initiative der F.D.P., dieses Thema über ihren Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung dieser Tagung zu setzen. Frau Aschmoneit-Lücke, ich will allerdings gleich hinzufügen, daß ich mit der zweiten Passage Ihres Antrages Schwierigkeiten habe. Darin fordern Sie quasi das Land beziehungsweise die LVS über das Land auf, eine Art Ausfallbürgschaft für den **Rückzug der DB AG** auszusprechen und damit finanzielle Lasten zu übernehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Ich weiß nicht, ob ich das mißverstehe; jedenfalls liest sich das mißverständlich. Deshalb habe ich eine sehr viel größere Sympathie für den Text, der von den Mehrheitsfraktionen vorgelegt worden ist. Das will ich an den Anfang meiner Ausführungen stellen. Ich befürchte nämlich, daß das auf eine Schwächung der eigenen Interessenlage hinauslaufen könnte.

Der Rückzug der DB AG würde quasi belohnt dadurch, daß wir eintreten. Das will ich nicht. Ich will die DB AG in ihrer Verpflichtung halten, übrigens auch unter Hinweis auf den wichtigen und in der Verfassung verankerten Infrastrukturauftrag, der nach Artikel 87 GG für alle Veränderungen, die wir in jüngster Zeit im

Bereich der DB AG gehabt haben, konstitutiv gewesen ist.

Zweite Bemerkung! Herr Kayenburg, manchmal ist es ratsam, nicht ganz so scharf an die Tonnen zu segeln. Denn dann bumst man und muß zurück zur Startlinie.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ihre Ausführungen bezüglich des Vertrags zur **Trassensicherung** zeigen, daß Sie unzureichend informiert sind.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Wieder mal!)

- Wieder mal, leider! Das nämlich, was die LVS in Frankfurt mit dem Vertrag zur Trassensicherung macht, bezieht sich allein und ausschließlich auf die im LNVP-Entwurf bezogenen Optionen, die gesichert werden müssen, und nicht auf das, was die Bahn jetzt plötzlich mit dieser fulminanten Liste macht.

Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir nicht unterstellten, wir wüßten nicht Bescheid oder die LVS mache etwas neben mir her. Das alles ist nicht der Fall. Das Brötchen fliegt mir weiterhin jeden Morgen nicht aus der Hand, weil ich etwa unzufrieden mit der LVS bin, sondern weil ich unzufrieden mit der DB AG bin. Damit bin ich beim Thema.

Ich halte an meiner Reaktion von Mitte dieser Woche fest. Ich halte die Art des Vorgehens der DB AG für skandalös. Es gibt zunehmend Irritationen, die nur sehr schwer mit eigener Selbstdisziplin und Contenance aufgefangen werden können.

(Beifall der Abgeordneten Gerhard Poppendiecker [SPD] und Bernd Schröder [SPD])

Ihr Hinweis darauf, daß sich das alles hinterher anders darstelle, ist nicht sehr hilfreich. Auch die Pressemitteilung der DB AG von gestern - witzigerweise erscheint sie unter dem Datum 13. Februar, was vielleicht ein kleiner Lackmüstest für die Solidität der DB AG ist - beruhigt mich überhaupt nicht. Darin ist weiterhin von den 7.000 km **Untersuchungstrecken** die Rede. Das ist offenbar das, was indiskretioniert worden ist. Das ist diese Liste. Sie steht nach wie vor im Raum.

Ich will deutlich folgendes sagen. Ich habe nicht umsonst - relativ ungewöhnlich und im Ton nicht nur höflich - an Herrn Dürr geschrieben. Ich halte es schon für merkwürdig, daß ich in den letzten vier Wochen mit drei Vorstandsmitgliedern der DB AG zusammengesessen habe, nämlich Herrn Häusler, Herrn Sinnecker und Herrn Daubertshäuser, und mit keiner Silbe von solchen Plänen die Rede ist. Nichts an Information, rein gar nichts! Das ist ein Stil, eine Art und Weise, sich selber an der Seite der DB AG wiederzufinden - da, wo sie Hilfe braucht -, die das nicht leichter macht.

Das Signal, das von der DB AG ausgesandt wird, ist vielleicht fahrlässig - das gebe ich zu -, ist vielleicht auch indiskretioniert, ist vielleicht nicht vorsätzlich - vor allem nicht mit einem strategischen Ansatz begründet -, aber es ist nach wie vor verkehrspolitisch katastrophal, und es ist kontraproduktiv. Es ist kontraproduktiv vor dem Hintergrund auch unserer laufenden Arbeit im Rahmen eines landesweiten Nahverkehrsplans. Dies will ich unmißverständlich deutlich machen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich erwarte von der DB AG, daß sie die Trassenkapazitäten optimal nutzt, die Fern- und Nahverkehre aufeinander abstimmt und nicht den Rückzug aus der Fläche plant. Das ist das erste Kriterium. Statt der überparteilich für notwendig gehaltenen Verlagerung von der Straße auf die Schiene sehe ich zunehmende belegbare Trends bei der DB AG, die darauf hinauslaufen, daß andere Botschaften ausgesandt werden. Sie vergibt im Grunde das Kapital, das sie braucht, um mehr Verkehre zu akquirieren. So ganz abwegig ist der Verdacht nicht, daß die DB AG sich da von Strecken im Nahverkehr sukzessive trennen will, um sich vielleicht dann auf die Strecken und Fernverkehre zu konzentrieren, die die große Cash-cow sind. Das läuft auch den Gedanken zuwider, die den Geist der Bahnreform geprägt haben. Das will ich ganz deutlich sagen. Aber manchmal habe ich den Eindruck, da haben wir früher in Veranstaltungen zusammengesessen, an die sich heute keiner mehr erinnert.

Also es tut mir leid, ich will nichts dramatisieren, und ich will mich auch nicht in Kategorien vergreifen, aber die DB AG hat hier gewaltig Porzellan zerschlagen - dies übrigens nicht nur in meiner Wahrnehmung oder in der Wahrnehmung offenbar des Hauses, sondern auch in ihrem eigenen Geschäftsbereich. Wenn sie sich mit Mitarbeitern in Verbindung setzen, ist es für sie

genauso unverständlich wie für uns auch, zumindest für das Unternehmen, das in Schleswig-Holstein gegründet worden ist, um Schienenpersonenverkehre abzuwickeln, nämlich die DB-Zugbus GmbH. Auch unsere erste Recherche hat nur Achselzucken bei verschiedenen DB-AG-Stellen ausgelöst. Das heißt, ich erwarte über die Pressemitteilung hinaus, die da gestern unter dem Datum 13. Februar gekommen ist, von Herrn Dürr eine Aufklärung in der Sache. Ich möchte wissen, welchen Verbindlichkeitscharakter das hat und welches Verfahren da eingeschlagen werden soll.

Abschließend noch zwei Bemerkungen. Da ähnliche Indiskretionen oder ein ähnliches Vorgehen wie in Schleswig-Holstein „zufällig“ - zufällig in Anführungszeichen - auch gerade in Bayern, Sachsen, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen festzustellen sind, kommt mir schon der Verdacht, daß dies sehr gezielt auch im Vorfeld anstehender Verhandlungen mit der DB AG eine gewisse Rolle mit einem gewissen Nebengedanken spielen könnte nach dem Motto: „Da üben wir mal Druck aus!“ Das ist jedenfalls etwas, was das Verhandlungsklima nicht gerade fördert.

Ich will in der abschließenden Bemerkung unmißverständlich deutlich machen: Es ist erklärte Politik und der Wille der Landesregierung, gerade auch auf den in der Presse genannten Strecken weiterhin Schienenpersonenverkehre abzuwickeln. Dabei bleiben wir.

(Beifall bei der SPD)

Den **Erhalt** dieser Strecken in Frage zu stellen, ist völlig absurd, völlig abwegig. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine Konferenz in Husum vor wenigen Wochen - ich glaube, Anfang Februar -, in der die DB AG selber unmißverständlich die Aussage getroffen hat, daß die **Strecke Itzehoe - Westerland** unverändert eine Fernverkehrsachse bleibt. Ich frage auch, welchen Sinn es machen sollte, wenn ich im Zusammenwirken mit der DB AG aus dem 20%-Anteil des Schienenwegeausbaugesetzes die Elektrifizierung von Elmshorn - Itzehoe in Gang setze, und anschließend wird diese Strecke in Frage gestellt. Das halte ich für völlig abwegig.

Ich halte es auch für abwegig, daß die Strecke Neumünster - Bad Segeberg im Augenblick für den SPNV noch nicht wiedereröffnet ist und die Weiterführung nach Oldesloe in Frage gestellt wird, wenn ich mit Herrn Sinnecker und auch Herrn Häusler vor wenigen Wochen ein Gespräch gehabt habe, in dem diese ihr Interesse an dieser Strecke erklärt haben,

übrigens auch Herr Sinnecker als der zuständige Vorstand für Güterverkehre, mit dem Stichwort Entlastung der Jütlandlinie, eventuell durch Umleitung des Güterverkehrs östlich von Hamburg. Das macht keinen Sinn, und es macht erst recht keinen Sinn, die Strecke Kiel - Flensburg in Frage zu stellen, wenn wir alle wissen, daß wir diese Strecke brauchen, um Umläufe im SPNV zu organisieren, weil diese Umläufe billiger sind.

Also Fazit: Das paßt alles hinten und vorne nicht, was uns da erreicht hat, und ich gebe zu, daß ich zunehmend auch etwas unwirsch werde, denn ich habe nicht viel Spaß daran, Schienen wieder geradezubiegen, die die DB AG gerade vorher aus der Verankerung gerissen hat. Das ist genau diese Woche der Fall gewesen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist beantragt worden, beide Anträge dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich darf zunächst auf der Besuchertribüne in der Loge den ehemaligen Abgeordneten Hermann Benker begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 17:

#### Verpflichtung von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnütziger Arbeit

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/573

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Geerds.

**Torsten Geerds** [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Sozialdemokraten haben Zoff in der Bude. Am 28. Februar konnten wir in den schleswig-holsteinischen

Zeitungen den Vorschlag der Kollegin Erdsiek-Rave lesen, **Sozialhilfeempfänger** in den ersten sechs Monaten nach der Antragstellung zu **gemeinnützigen Tätigkeiten** zu verpflichten. Dies sei zumutbar, erklärte Frau Erdsiek-Rave. Im Hinblick auf die Entlastung des Haushalts 1997 sei die Frage nach **neuen Steuerungsinstrumenten** in der Sozialhilfe zu stellen. Soweit die Vorsitzende der SPD-Fraktion! Da hat sie recht. Zwischen Frau Erdsiek-Rave und der CDU-Landtagsfraktion gibt es an dieser Stelle keine Meinungsverschiedenheiten.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Es ist uns allerdings nicht erklärbar, warum unser Antrag aus dem Herbst 1996 nicht auf die Zustimmung zumindest von Teilen der Sozialdemokraten gestoßen ist.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: So einfach ist es eben nicht!)

Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Fröhlich, rief mir in der damaligen Debatte zu - das habe ich dem Protokoll entnommen -: „Das ist Zwangsarbeit.“ Dieser Spruch ist zwar typisch Fröhlich, aber leider nur wenig intelligent.

(Beifall bei der CDU)

Wer mich in der heutigen Debatte für unseren Antrag in dieser Form kritisiert, der diffamiert in Wirklichkeit die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Was Sie für Sorgen haben!)

- Christlich-Soziale machen sich ständig Sorgen, und ganz viele Leute auch in diesem Haus.

Wir sollten uns heute noch einmal vor Augen führen, daß die Verabschiedung im Deutschen Bundestag von einem großen Konsens der beiden großen Fraktionen der Regierung und der Opposition getragen war. Die Aufgabe des Bundessozialhilfegesetzes liegt darin, den Empfängern der Sozialhilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der **Würde des Menschen** entspricht. Arbeit hat aber auch etwas mit Würde zu tun, sowohl für Sozialhilfeempfänger als auch für Arbeitnehmer im ersten und auch im zweiten Arbeitsmarkt. Ich möchte da gar nicht groß differenzieren. Warum schließen wir hier nicht einen Kompromiß zwischen der Bereitschaft der meisten

Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, gemeinnützig zu arbeiten, und der Tatsache, daß viele Aufgaben in den Kommunen nicht mehr erfüllt werden können, weil die Haushaltsmittel halt fehlen.

Die geleistete Hilfe hat auch die Aufgabe, den Empfänger zu befähigen, unabhängig von der Sozialhilfe sein Leben eigenverantwortlich gestalten zu können, wieder zu leben, ohne das Gefühl haben zu müssen, ständig danke schön sagen zu müssen. Auch das, finde ich, ist ein wichtiges Ziel in der Politik.

Machen wir uns doch nichts vor: Wer in dieser Gesellschaft längere Zeit zum Nichtstun verdammt ist, dessen Chancen werden von Tag zu Tag geringer, wieder Fuß fassen zu können. Inhuman sind nicht diejenigen, die für die Vermittlung gemeinnütziger Arbeiten sind, sondern diejenigen, die die Sozialhilfeempfänger ganz allein ihrem Schicksal überlassen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Es dient aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion der Würde des Menschen, daß er einen angemessenen Lebensunterhalt zur Verfügung gestellt bekommt. Seine Würde wird aus unserer Sicht aber nicht geschädigt, sondern gefördert, wenn wir ihn befähigen, wieder aus eigener Kraft leben zu können. Wer hier eine andere Definition vornimmt, unterscheidet sich in der Tat von der Landtagsfraktion der CDU.

Ich möchte noch einmal sagen: Natürlich wird der Mangel an Arbeitsplätzen im Rahmen der Sozialhilfe nicht beseitigt. Aber wir helfen den Empfängerinnen und Empfängern doch, wenn wir ein Stück weit mit dafür sorgen, daß wir mit einem gemeinnützigem Arbeitsangebot die Chancen verbessern, wieder eine Beschäftigung im ersten oder im zweiten Arbeitsmarkt zu finden.

Auch das nächste ist ganz wichtig: Sozialhilfeempfänger sind keine schlechteren Arbeitnehmer als die anderen. Dabei will ich auch bleiben. Sie sind Opfer eines Strukturwandels, sie sind Opfer von Rationalisierung und Betriebsverlagerung. Natürlich meine ich, wenn ich von der Vermittlung von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern rede, nicht die kranken und nicht die behinderten Sozialhilfeempfänger. Ich meine die gesunden Sozialhilfeempfänger, denen zu Hause schlichtweg die Decke auf den Kopf fällt.

Wir müssen die bisherigen Strukturen, die es überall im Lande gibt, die **Beschäftigungsgesellschaften**, nutzen,

um auch diese Aufgabe mit wahrzunehmen. Ich glaube, wir sind hier nicht weit auseinander. In Lübeck funktioniert es, auch im Kreis Plön - ich denke an Neuland - funktioniert es. Uns trennt in dieser Frage inhaltlich aus meiner Sicht nur wenig, wahrscheinlich trennt uns nur der Koalitionspartner der SPD, die grüne Fraktion.

Wir müssen uns vor Augen führen, daß die weit verbreitete Annahme falsch ist, wer einmal in die Sozialhilfe abgerutscht ist, der kommt niemals wieder heraus. Die meisten Menschen sind nur wenige Monate Sozialhilfeempfänger. Der allergrößte Teil der Menschen gibt sich alle erdenkliche Mühe, wieder eigenverantwortlich leben zu können, und bemüht sich.

Unser Antrag und die Vorstöße von Frau Erdsiek-Rave sind nicht kaltherzig. Wir tun dies, weil das Vorurteil vom arbeitsunwilligen Sozialhilfeempfänger einfach falsch ist. Wir dürfen nicht so tun, als würde es sich bei einigen wenigen schwarzen Schafen um die Norm handeln.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Ich will aber auch eines deutlich sagen: Wer als Sozialhilfeempfänger eine zumutbare Arbeit ablehnt, dem sollte auch die Leistung gekürzt werden. Auch dafür bin ich.

(Beifall bei der CDU)

Die Grünen und einige in der SPD behaupten noch immer, daß die Vermittlung gemeinnütziger Arbeiten für die Kommunen viel zu teuer sei. Dabei haben die Untersuchungen doch längst ergeben, daß sich die Aufwendungen für die Kommunen je nach Typ der Beschäftigung und nach Art der Maßnahme schon nach Monaten rechnen können, wenn alles besonders gut läuft. Ich hoffe, daß sich die Finanzlage der Kommunen durch die Vermittlung von gemeinnützigen Tätigkeiten ein kleines Stück verbessern läßt.

Ich bitte um Abstimmung unseres Antrages in der Sache. Wir wollen für die Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger Betätigungsfelder vor Ort schaffen. Arbeit ist ein Wert an sich, und sozial ist aus unserer Sicht alles, was einen Beitrag dazu leistet, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Torsten Geerds, was uns vor allem trennt, ist die Politik Ihrer Bundesregierung,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die es nämlich möglich macht, daß wir Zahlen von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen haben, wie wir sie derzeit haben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Politisch stehen Sie sich davon!)

Die Arbeitsmarktsituation ist derzeit - leider ohne Aussicht auf Besserung - katastrophal und sozialpolitisch brisant. Selbst gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind vor Arbeitslosigkeit nicht mehr geschützt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist alles unstrittig! Reden Sie mal zum Thema!)

Für Langzeitarbeitslose und insbesondere für nicht oder nur gering Qualifizierte wird eine erneute arbeitsmarktliche Integration zunehmend schwieriger, da einerseits die fachlichen und sozialen Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ständig steigen und andererseits die einfachen Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Die neuen weltoffenen Märkte beschleunigen diesen Prozeß seit einigen Jahren, und fast täglich hören wir von Massenentlassungen, Pleiten, Konkursen und der hilflosen Diskussion über die Höhe der Arbeitskosten. Die **Sozialhilfe** wird in zunehmenden Maße als **Kasse zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit** mißbraucht. Arbeitslosigkeit, zuwenig bezahlbarer Wohnraum, hohe Mieten, eine verfehlte Steuerpolitik und die verschiedenen Reformvorhaben wie die Lockerung des Kündigungsschutzes und Verschlechterungen im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes mit ihren oft bitteren Folgen werden von der Bundesregierung auf die Kommunen abgewälzt.

Das Bundessozialhilfegesetz, einst geschaffen zur Überwindung individueller Notlagen, und dessen örtliche und überörtliche Träger geraten angesichts der

bundespolitischen Entscheidungen zunehmend unter finanziellen Druck. Das Bundessozialhilfegesetz stellt auf die individuelle Notlage ab und ist nicht geschaffen, gesellschaftliche Probleme zu lösen.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Gleichwohl bietet es im Abschnitt „Hilfe zur Arbeit“ Möglichkeiten des kommunalen Handelns.

„Arbeit statt Sozialhilfe“ soll Menschen aus der Sozialhilfe in eine **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** bringen, sie in den ersten Arbeitsmarkt reintegrieren. Diese Aufgabe, „**Arbeit statt Sozialhilfe**“, wird von der Landesregierung tatkräftig und mit vielen Ideen aufgegriffen. Das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ unterstützt die örtlichen Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Deutsche Städtetag hat laut einer Umfrage festgestellt, daß die Kommunen in Deutschland 2,5 Milliarden DM für solche Projekte aufwenden, Projekte, die vom Land Schleswig-Holstein mit insgesamt 6 Millionen DM im Jahr im Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ gefördert, angeregt und unterstützt werden. Und aus Bonn? - Die Bundesregierung hat keinen Pfennig dazubezahlt.

In Schleswig-Holstein wurden im Jahr 1994 nur 5,4 % der Kosten der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt für aktive Hilfe zur Arbeit verwandt. Das wollen wir verändern, wir wollen verstärkt die Arbeit fördern und nicht die Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Lieber Torsten Geerds, aus diesem Grund sollten Sie Ihren Gebetsmühlenantrag überdenken.

Was die Interpretation der SPD-Fraktionsvorsitzenden angeht, so will ich Ihr Augenmerk von den Überschriften auf die Inhalte lenken.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Baasch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hennig?

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Wenn er es denn möchte!

**Dr. Ottfried Hennig [CDU]:** Ich habe zurückgezuckt, weil Sie gerade zum Thema kamen, Herr Kollege. Ich will Sie dennoch vorbeugend fragen, was Sie von dem Vorschlag Ihrer Fraktionsvorsitzenden halten, der dahin geht, jeden neuen Empfänger von Sozialhilfe zu verpflichten, das erste halbe Jahr gemeinnützige Arbeit zu leisten.

- Da empfehle ich Ihnen ein bißchen Geduld, ich komme gleich dazu.

Was die Interpretation der Aussagen der SPD-Fraktionsvorsitzenden angeht, will ich Ihr Augenmerk - auch Ihr Augenmerk, Herr Dr. Hennig - von den Überschriften auf die Inhalte lenken. Ute Erdsiek-Rave hat deutlich gemacht, daß es ihr darum geht, mehr Menschen in **sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse** zu bringen.

(Zustimmung der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Der zweite Arbeitsmarkt soll ausgeweitet werden. Das ist notwendig, denn die steigenden Zahlen von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern machen es notwendig zu handeln. Massenarbeitslosigkeit birgt sozialen Sprengstoff. Die Kommunen versuchen im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten, den betroffenen Menschen Hilfen und Perspektiven zu geben. Das Modell, auf das sich auch Ute Erdsiek-Rave bezogen hat, nämlich das in Lübeck praktizierte Modell, auf das in diesem Zusammenhang verwiesen wird, besagt: Jeder neue Sozialhilfeempfänger, jede neue Sozialhilfeempfängerin bekommt die Möglichkeit, eine sozialversicherungspflichtige Arbeit im Rahmen der **Beschäftigungsgesellschaft** zu finden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Zu verpflichten!)

Dem wird eine sechsmonatige Phase vorgeschaltet, in der die Hilfeempfängerin oder der Hilfeempfänger für Sozialhilfe und Mehraufwandsentschädigung maximal 30 Wochenstunden arbeitet. In dieser Zeit bietet die Beschäftigungsgesellschaft der Hilfeempfängerin oder dem Hilfeempfänger mindestens 60 Stunden Information an, zum Beispiel über Arbeitsrecht, Arbeitssuche, Beratung bei Bewerbung, Überschuldung.

Das macht deutlich, daß es nicht einfach darum geht, die Menschen in etwas hineinzuverpflichten, sondern ein Ziel aufzuzeigen, direkt aus der Sozialhilfe in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis zu kommen, und da kann es regional Wege geben, wie beispielsweise den Lübecker Weg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war so nicht gemeint! Sind Sie nun dafür oder dagegen?)

Jede oder jeder, der das Angebot in Lübeck annimmt, hat die Gewißheit, nicht Sozialhilfe zu bekommen - und das war es -, sondern für sie oder ihn steht vom ersten Tag an die Perspektive „weg von der Sozialhilfe“ im Mittelpunkt aller Bemühungen.

Eine abschließende Bemerkung zur CDU, natürlich auch zu Torsten Geerds und seinen Kolleginnen und Kollegen in der Sozialpolitik! Nach den Berichten über Ihren Landesparteitag habe ich die Hoffnung, daß Sie und ihr offen bekennt, daß ihr zu den Buh-Rufern auf dem CDU-Parteitag gehört habt, es als um die Rede eures Landesvorsitzenden ging.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der neue Landesvorsitzende hat nämlich von „faulen Arbeitslosen“ gesprochen, von Sozialschwachen, denen man helfen wolle, aber nicht auf Dauer den Faulen. Wer in eine solche Terminologie verfällt, der macht nicht nur eine Rolle rückwärts nach rechts, sondern der bedient sich der Sprache der Haider und Gauweiler,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

einer Sprache, die entsolidarisiert und spaltet, einer Sprache, die wir ablehnen. Deswegen werden wir auch Ihren Antrag ablehnen, weil er nicht glaubwürdig ist.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

**Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Geerds, was uns trennt, ist die Frage „Zwang oder Freiwilligkeit“. Freiwillige Angebote für Sozialhilfeempfänger auch für gemeinnützige Arbeit finden meine volle Unterstützung, am besten, wenn das in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen endet.

Der CDU-Antrag und die darüber geführte Diskussion implizieren allerdings etwas anderes. Die Sozialhilfeempfänger sollen herangezogen werden, es sollen ihnen keine Angebote gemacht werden. Weil diese Möglichkeit nach der gegenwärtigen Gesetzeslage schon besteht, verstehe ich nicht, warum wir diese Frage hier noch einmal diskutieren sollen. Die gesetzlichen Vorschriften geben den Kommunen, die dafür zuständig sind, schon lange eine solche Möglichkeit, wenn es angebracht ist, auch bei arbeitsunwilligen Sozialhilfeempfängern. Darüber will ich nicht diskutieren.

Auf eines aber möchte ich hinweisen: 4,7 Millionen Arbeitslose und rund 2,5 Millionen Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen in der Bundesrepublik sind ein Problem. Es ist allerdings ein Problem, an das sich die CDU offensichtlich nicht herantraut, weshalb sie - ganz im Stile ihres neuen Parteivorsitzenden - lieber den Mißbrauch in der Sozialhilfe thematisiert. Statt sich darum zu kümmern, Millionen arbeitswillige Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen aus der ungewollten Arbeitslosigkeit zu holen, stürzt sich die CDU lieber auf die angeblich arbeitsscheuen Sozialhilfeempfänger.

Während brave Steuerzahler ihr Brot im Schweiß ihres Angesichts verdienen, schwitzen Sozialhilfeempfänger höchstens in der Sonne und ruinieren die Staatsfinanzen - so ein vielgepflegtes Vorurteil. Damit wird die Realität auf den Kopf gestellt. Wir haben nicht die blühenden Landschaften. Wir haben - zumindest bei dem neuen Vorsitzenden der CDU - blühende Stammtischparolen. Ich frage Sie: Ist es ein Versuch, von den wirklichen Problemen der Massenarbeitslosigkeit abzulenken, oder es ist ein Eingeständnis, daß sich die CDU lieber um die kleinen Probleme kümmert, weil sie sich die Lösung der großen Probleme überhaupt nicht mehr zutraut?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Mißbrauch** im Bereich der Sozialhilfe - das will ich auch nicht verschweigen - gibt es, genauso wie es Subventionsbetrug und Steuerhinterziehung gibt. Der volkswirtschaftliche Schaden von Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug dürfte meines Erachtens wesentlich höher sein als der durch Mißbrauch bei der Sozialhilfe entstehende Schaden.

Muß man denn, der Logik der CDU folgend, der gesamten Herde das Fell über die Ohren ziehen, weil ein schwarzes Schaf dabei ist, also jedem Steuerzahler unterstellen, daß er betrügt, und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten, indem man prophylaktisch den Höchststeuersatz kassiert, bis der Beweis erbracht ist, daß dies zu Unrecht geschehen ist?

Die Diskussion um die **Verpflichtung** von Sozialhilfeempfängern zu **gemeinnütziger Arbeit** ist eine Gespensterdiskussion, impliziert sie doch, daß arbeitswillige Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger nicht arbeiten, weil sie nicht wollen, und genug Arbeitsplätze vorhanden seien, die ein ausreichendes Einkommen ermöglichen würden.

Aufgabe der Sozialhilfe ist es aber, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der **Würde des Menschen** entspricht. Die Hilfe soll ihn so weit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben. Hierbei muß er nach seinen Kräften mitwirken, so der Gesetzestext. In einem anderem Paragraphen heißt es: Die Arbeitsgelegenheiten sollen in der Regel von vorübergehender Dauer und für eine bessere Eingliederung des Hilfesuchenden in das Arbeitsleben geeignet sein. - Darüber ist es auch wert zu diskutieren. Aber noch gibt es sie nicht, die Arbeitsplätze, in die eine Wiedereingliederung erfolgen kann.

Es gibt auch nicht genug Plätze in Beschäftigungsgesellschaften, in denen Qualifizierung, Beratung und Betreuung angeboten werden, und das nicht zuletzt aufgrund des Widerstands von CDU-Kommunalpolitikern; das habe ich persönlich in meinem Kreis erlebt.

Solange diese Gesellschaft nicht in der Lage ist, Arbeitsplätze für diejenigen anzubieten, die arbeiten wollen, ist die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit ein Strafinstrument gegen die Armen in unserer Gesellschaft. Sozialhilfeempfänger zur Arbeit zu zwingen, damit sie ihre Arbeitswilligkeit beweisen, ohne daß sie jedoch Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben, ist schon perfide; angesichts von Millionen von Arbeitslosen ist das grotesk. Was wir brauchen, ist keine Neiddiskussion, sondern eine andere Politik, eine Politik, die Arbeitsplätze schafft. Wir brauchen Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger und keine neuen Sündenböcke. Deswegen werden wir den CDU-Antrag ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe in den Äußerungen von Herrn Böttcher eben doch einen gewissen Widerspruch zu dem gehört, was die Vorsitzende der SPD-Fraktion gesagt hat.

(Beifall bei der F.D.P. - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ja, eben!)

Ich wäre dankbar dafür, wenn mir einmal gesagt würde, ob ich da richtigliege. Ich denke, an dem Widerspruch besteht überhaupt kein Zweifel. Wenn Frau Erdsiek-Rave sagt - ich habe das der Presse entnommen, Frau Erdsiek-Rave; wir haben nicht persönlich darüber gesprochen -, daß derjenige, der neu **Sozialhilfe** beantragt, zunächst einmal arbeiten muß und daß er dann, wenn er das ablehnt, keine Sozialhilfe bekommen soll, dann sehe ich darin einen gewissen **Zwang** und keine **Freiwilligkeit**.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Böttcher hingegen hat eben gesagt, es gehe auf keinen Fall mit Zwang, sondern nur im Wege der Freiwilligkeit. Herr Böttcher, Sie haben gesagt: Zwang ja, Freiwilligkeit nein. Frau Erdsiek-Rave hat - jedenfalls nach dem, was in der Presse stand - etwas anderes gesagt.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Böttcher?

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Ja, natürlich.

**Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Ich habe eine Nachfrage. Erwarten Sie, daß Frau Erdsiek-Rave mit mir das abspricht, was sie irgendwo der Presse sagt beziehungsweise gesagt haben soll?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das erwarte ich überhaupt nicht, Herr Böttcher. Es ist ja auch sehr deutlich geworden, daß Sie es nicht getan haben, daß Sie es auch in anderen Fragen nicht tun.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe nur festgestellt, daß es diesbezüglich in den beiden Regierungsfractionen offensichtlich unterschiedliche Meinungen gibt. Mehr habe ich nicht sagen wollen.

Im übrigen, lieber Herr Geerds, ist deutlich geworden, daß der Antrag, den Sie heute eingebracht haben, inhaltsgleich mit dem Antrag ist, den Sie im September letzten Jahres mit der Drucksache 14/224 eingebracht haben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Bewußt!)

- Es ist mir klar, Herr Füllner, daß er das bewußt gemacht hat. Da alle, die heute zu diesem Thema gesprochen haben, nichts anderes gesagt haben als das, was sie bereits am 26. September dazu in diesem Hause gesagt haben, will auch ich mich im wesentlichen darauf beschränken, auf meinen Debattenbeitrag vom September letzten Jahres zu verweisen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

- Herr Nabel, nachdem sich die Fraktionsvorsitzende Frau Fröhlich so wahnsinnig darüber erregt hat, daß immer dann, wenn Frauen an dieser Stelle sprechen, das Geschrei im Hause groß wird, möchte ich doch einmal sagen: Sie gehören genau zu den Abgeordneten, die immer dann, wenn eine Frau hier oben spricht, dauernd dazwischenschreien, was Sie sonst nicht tun.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Lassen Sie mich jetzt ausreden!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte also im wesentlichen auf meinen damaligen Debattenbeitrag verweisen. Aber es gibt zwei neue Aspekte, Frau Erdsiek-Rave. Das ist einmal die Tatsache, daß Sie sich in dieser Weise - wie ich finde - richtig geäußert haben; ich will hier durchaus betonen,

daß ich die Zielrichtung unterstütze. Das ist der eine Punkt.

Zum anderen möchte ich hier noch einmal betonen, daß Sie das unter ganz anderen Aspekten angesprochen haben. Sie haben gesagt - auch da kann ich wiederum nur die Presse zitieren, die ich dazu gelesen haben -, es gehe darum, den Landeshaushalt zu entlasten. Auch das ist natürlich richtig. Das Land ist durch die Quotenregelung mit an den Sozialhilfelasten beteiligt. Insofern kann man auf diese Art und Weise natürlich auch eine **Entlastung** des **Landeshaushalts** erreichen. Ich finde es nur bemerkenswert, daß über Sozialhilfe und die Verpflichtung zur Arbeit ausschließlich unter dem fiskalischen Aspekt gesprochen wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie haben gesagt, die Menschen sollen anschließend in **Beschäftigungsgesellschaften** gehen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alle, vor allen Dingen!)

und haben auf Lübeck und Plön hingewiesen. Herr Geerds, auch Sie haben das getan. Auch das ist natürlich richtig. Die Kommunen werden durch diese Art von Gesellschaften entlastet. Das kann man wirklich nur begrüßen. Aber der Erfolg dieser Dinge, sowohl in Lübeck zusammen mit der Kreishandwerkerschaft als auch in Plön, besteht doch keinesweg nur darin, daß sich die Kommunen entlasten.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Ja, sie machen nämlich folgendes: Sie arbeiten sehr nah am ersten Arbeitsmarkt. Der Erfolg dieser Gesellschaften - ganz egal, ob sie privat oder wie auch immer organisiert sind - liegt darin, daß sie einen wesentlich höheren Anteil an Menschen in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln. Das halte ich für den wirklichen Erfolg dieser Geschichte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Lieber Herr Nabel, vielleicht haben Sie es inzwischen ja begriffen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber vielleicht begreifen Sie auch einmal, daß meine Bemerkung vorhin gar nicht witzig gemeint war. - Ich

danke Ihnen für Ihre besondere Aufmerksamkeit, Herr Kollege.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Konrad Nabel [SPD]: Ich lasse mir von Ihnen doch nicht solche Vorwürfe machen! Der Kollege Kubicki ist genauso Zielscheibe meiner Zwischenrufe!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube immer noch nicht, daß die allgemeine Verpflichtung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern zu gemeinnütziger Arbeit eine gute Idee ist,

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

nicht weil ich Maßnahmen zur Aktivierung von Sozialhilfeempfängern in Bausch und Bogen ablehne; das tue ich nämlich keinesfalls. Ich glaube aber, daß solche Maßnahmen von bestimmten Voraussetzungen abhängig sind. Sie setzen eine Perspektive für die Betroffenen voraus.

Wenn diese Maßnahmen für den einzelnen keinen positiven Effekt haben, dann bleiben sie ein reiner und auch ein entwürdigender Arbeitsdienst, und das lehnen wir ab.

Ich weiß, daß man in diesem Zusammenhang gern nach Dänemark schaut. Das hören wir immer wieder. Denn dort wird eine Aktivierung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern mit großem Erfolg praktiziert. Aber dort ist man von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen. Dort werden Sozialhilfeempfänger unter 25 Jahren, wenn sie keine erwerbsqualifizierende Ausbildung haben, nach 13 Wochen für 18 Monate aktiviert; Jugendliche mit einer solchen Ausbildung werden nach 13 Wochen für sechs Monate aktiviert. Für über 25jährige setzt die Aktivierung nach 12 Monaten Sozialhilfebezug ein. Es besteht eine Pflicht zur Aktivierung, aber auch ein einklagbares Recht darauf.

Die Aktivierung kann in einer Fülle von verschiedenen Formen geschehen, die alle in dem Dreieck berufliche Qualifizierung, persönliche Entwicklung und

Erwerbsarbeit liegen. Darunter gibt es eine bunte Palette von Aktivierungsangeboten, die ich in fünf Minuten gar nicht alle aufzählen kann. Sie reichen von freiwilliger ehrenamtlicher Tätigkeit im sozialen, politischen, kulturellen oder sportlichen Bereich über kommunale Beschäftigungsmaßnahmen, Urlaubsvertretungen im ersten Arbeitsmarkt und 18monatiger Erwerbsausbildung bis zu mehrjährigen Unterstützungen zum Lebensunterhalt für Existenzgründerinnen und Existenzgründer.

Gemeinsam ist allen Angeboten, daß sie die Qualifizierung und die Bedürfnisse des Sozialhilfeempfängers in den Mittelpunkt stellen. Daher wird bei über 25jährigen obligatorisch und bei den jüngeren nach Bedarf gemeinsam ein Handlungsplan aufgestellt, der darauf abzielt, durch Bildung, berufliche Praxis und persönliche Entwicklung die Lebenslage der oder des Betroffenen aktiv in eine bestimmte Richtung zu verändern, in der Regel in Richtung auf eine reguläre Erwerbsteilnahme oder eine berufliche beziehungsweise weiterführende Ausbildung.

Welche Erfolge eine solche auf Bildung bezogene aktive Arbeitsmarktpolitik haben kann, läßt sich eindrucksvoll anhand der dänischen Arbeitslosenstatistiken belegen. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit hat man von katastrophalen 21,8 % im Jahre 1986 so reduziert, daß sie heute mit wenigen Prozenten nicht mehr als Problem angesehen wird.

Gern hätte ich noch mehr dazu gesagt, weil dies doch für uns alle interessante Aspekte beinhaltet.

Fairerweise muß aber leider auch eingestanden werden, daß sich so etwas hierzulande nur ansatzweise durchsetzen ließe. Die bestehenden Strukturen werden sich nicht ohne weiteres ändern lassen, und sie werden solchen tiefgreifenden Innovationen im Wege stehen. Unter diesen Bedingungen stehe ich der **Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit** skeptisch gegenüber, da sie allzu leicht in das abkippt, was wir auf keinen Fall wollen, nämlich in einen neuen Arbeitsdienst ohne Perspektiven für die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger als reine Kostenersparnis für die Kommunen und das Land.

Ich bin offen für Vorschläge, wenn sie dazu beitragen, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zu qualifizieren und in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Daher werde ich mich auch weiterhin konstruktiv mit dem Vorschlag auseinandersetzen, verstärkt auf **Beschäftigungsgesellschaften** zu setzen. Aber wenn

sich kein primär arbeitsmarktpolitisch orientiertes Modell entwickeln läßt, wenn es letztlich doch nur so wird, daß die Sozialhilfeempfänger wenigstens etwas für die „Stütze“ tun sollen oder wenn sie wenigstens ein bißchen für die Sozialversicherung dazuverdienen sollen, dann wird das mit dem SSW nicht zu machen sein.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Der Kollege Geerdts hat Abstimmung in der Sache beantragt. So, wie der Antrag formuliert ist, kann ich dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hennig.

**Dr. Ottfried Hennig [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will in einem Dreiminutenbeitrag noch einmal versuchen, uns alle darauf aufmerksam zu machen, worum es hier eigentlich geht. Ganz sicher geht es nicht um den neuen CDU-Landesvorsitzenden, und ich weise Ihre wirklich an den Haaren herbeigezogenen, dummlichen Vorwürfe gegen Peter Kurt Würzbach zurück.

(Beifall bei der CDU)

Wer so etwas immer mit der Sprache von Herrn Haider einführt, muß wissen, womit er spielt. Ich halte es für wirklich pervers, eine Diskussion in dieser Art und Weise zu bestreiten.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Herr Baasch, Sie sollten das zurücknehmen. Die Abwehrfront gegen Herrn Haider haben wir in Kiel gemeinsam gehalten. Damals haben wir auf Aufforderung von anderen gehandelt, und Sie können sich sicherlich noch daran erinnern. Insofern ist das wirklich abartig, was Sie jetzt versuchen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Im Kern geht es darum, daß wir am 10. September 1996 einen Antrag gestellt haben. Dieser Antrag wurde

von der linken Seite dieses Hauses abgeschmettert, wie das mit jedem unserer Anträge passiert.

(Holger Astrup [SPD]: Das liegt an den Anträgen!)

Und dann kommt die Frau Kollegin Erdsiek-Rave, macht eine Pressekonferenz und schlägt exakt das gleiche vor.

(Zurufe von der SPD)

Die Überschrift mache ich mir nicht zu eigen. Abspecken auf hoher und mittlerer Ebene ist, für mich jedenfalls, nicht unbedingt nötig. Aber im Rest ist dann die Rede von viel Brisanz, vom Zusammenhang mit der Landesverwaltung, die Ballast abwerfen soll, von der schlechten Haushaltslage, auf die hingewiesen wird. Dann heißt es, alle Reformvorhaben würden mit den Gewerkschaften, mit der Regierung, den Kommunen und den Fraktionen bis Mitte Mai abgeklärt sein und unter dem heilsamen Druck der leeren Kassen noch in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden.

Der entscheidende Satz, auf den wir uns hier berufen, lautet, um Einsparungen vorzunehmen, empfehle die SPD-Politikerin, jeden neuen Empfänger von Sozialhilfe zu verpflichten - nicht, ihm die Möglichkeit zu geben, Herr Kollege Baasch! -, das erste halbe Jahr gemeinnützige Arbeiten zu leisten. Das schlägt sie vor, und dazu sagen Sie als Fraktion hier überhaupt nichts.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte wirklich gern wissen, wie die SPD-Landtagsfraktion zu diesem Vorschlag ihrer Vorsitzenden steht. Und wenn wir genau den hier als Antrag vorlegen, möchte ich wissen, aus welchen Gründen er heute abgelehnt wird. Das sollten Sie noch einmal sagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da es sich um die Wiederholung eines Antrages handelt, darf auch ich mit der Wiederholung

eines Zitates beginnen. In meiner Presseerklärung vom 21. August 1996 heißt es zum Schluß:

„Wer zu Recht darauf hinweist, daß Sozialhilfeempfänger gegenüber der Gesellschaft die Pflicht haben, eine Arbeit anzunehmen, muß auch die Verpflichtung der Gesellschaft akzeptieren, entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen. Gemeinnützige Arbeit bietet keine Perspektive, denn sie schafft keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse. Die Pflicht zur Arbeit darf nicht zum Arbeitsdienst verkommen.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß mich da mit meiner Fraktion und mit meiner Fraktionsvorsitzenden völlig einig.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Der Vergleich ist absurd! - Meinhard Füllner [CDU]: Sie drehen und wenden sich, nur um das nicht konkret zu vollziehen!)

- Sehr geehrter Herr Hennig, Sie spielen heute wieder die Rolle der Nachtigall, die man besonders laut trapsen hört.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Auch der Kollege Geerds, dem ich nicht unterstelle, daß er nichts von der Materie versteht, hat aber doch nicht ausreichend differenziert. Denn er wirft gemeinnützige Arbeit und Hilfe zur Arbeit immer in einen Topf.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Übrigens: Auch sozialversicherungspflichtige Arbeit kann in ihrer Wirkung natürlich gemeinnützig sein. Aber der Terminus technicus „gemeinnützige Arbeit“ bedeutet: Arbeit gegen Mehraufwandsentschädigung und ohne Sozialversicherung. Die Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit gegen eine solche Mehraufwandsentschädigung ist bei vorhandenen Organisationsstrukturen, wie sie zum Beispiel die GAB in Lübeck hat, ein durchaus praktikables Instrument.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Deswegen lehnen Sie das jetzt ab, oder wie?)

- Sie haben ja etwas völlig anderes beantragt. Lesen Sie doch einmal Ihren pauschalen Antrag, der auf nichts weiter abhebt als auf populistische Stimmung.

(Beifall bei SPD und BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Wie die Hamburger SPD!)

Ich versuche gerade zu differenzieren, und ich würde Sie sehr bitten zu versuchen, dieser Differenzierung einmal nachzugehen.

Also, es kann sich um ein wirklich praktikables Instrument handeln, soziale und berufliche Fähigkeiten zu testen und zu stabilisieren. Aber ein dauerhaft strukturell wirksamer Ansatz ist das nicht. Denn **gemeinnützige Arbeit** allein führt weder aus der Sozialhilfe heraus - sie führt damit nicht zu Kosteneinsparungen - noch führt sie aus der Arbeitslosigkeit und damit zu Ansprüchen gegenüber der Arbeitsverwaltung.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen von der rechten Seite des Hauses, noch ist sie in beliebiger beziehungsweise notwendiger Menge bereitzustellen ohne wettbewerbsverzerrende Wirkungen insbesondere gegenüber dem örtlichen Handwerk, und sie ist auch nicht ohne Overhead-Kosten in beträchtlicher Höhe für alle Kommunen zu organisieren.

(Glocke der Präsidentin)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schwarz?

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Ja.

**Caroline Schwarz** [CDU]: Frau Ministerin Moser, sind Sie der Meinung, daß der Beschluß, der von der Hamburger SPD vor einigen Monaten gefaßt worden ist und in genau die Richtung geht, in die unser Antrag weist, ein populistischer Beschluß gewesen ist?

- Ich sage darauf ein klares Ja.

(Beifall im ganzen Haus)

Wenn es um das Thema Mißbrauch geht, sollten wir uns alle nicht in die Tasche lügen. Es gibt diesen Mißbrauch, und ich halte es durchaus für sinnvoll, wie es zum Beispiel vom Sozialamt in Harburg und von der GAB gemacht wird, jeden neuen Antragsteller und jede neue Antragstellerin, die von ihrer Situation her in der Lage ist zu arbeiten, der Arbeitsvermittlung zuzuführen. Das kann man mit unterschiedlichen Methoden machen. In Harburg wird das mit Maatwerk gemacht, das wir hier im Lande auch etablieren. Der Kreis Segeberg wird das demnächst nachmachen, und die GAB macht es etwas anders. Entscheidend ist, daß wir „**Arbeit statt Sozialhilfe**“ als Instrument benutzen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Dies testet dann auch nicht nur die sozialen Fähigkeiten, sondern tatsächlich auch die Bereitschaft. Wir haben im Lande sehr viel für dieses Instrument „Arbeit statt Sozialhilfe“ geworben. Wir können es nicht verordnen. Wir haben in **Sozialhilfekonferenzen** im ganzen Lande immer wieder darauf hingewiesen, und wir haben auch landesweit Erfolge. Wir haben fast 2.000 Förderfälle mit diesem Instrument im Land, und die Kommunen haben uns für dieses Jahr noch einen deutlichen Zuwachs signalisiert. Das heißt, wir werden mit den bisher knapp 6 Millionen DM Landesmitteln nicht mehr auskommen, sondern wir schätzen, daß wir in diesem Jahr 8 Millionen DM aus ASH brauchen werden, nicht gerechnet den Einsatz der quotalen Sozialhilfe.

Wenn wir uns soweit einig werden könnten, daß dies ein wichtiges und in jeder Weise sinnvolles Instrument ist, sollten wir uns auch einmal überlegen, daß wir bei diesem Instrument „Arbeit statt Sozialhilfe“ eine Tugend vorfinden, die aus der Not geboren ist; denn wer die Sozialhilfe strukturell entlasten will, unter anderem von den Folgen der Massenarbeitslosigkeit, der muß die Problemstellung vom Kopf auf die Füße stellen. Sozialhilfe ist nicht die Ersatzkasse der Bundesanstalt für Arbeit, und Arbeitsvermittlung ist Aufgabe der Arbeitsverwaltung und nicht der Sozialämter. So sollte es sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Abgesehen von den gravierenden Fehlentwicklungen in der Vergangenheit will ich hier nur kurz auf die Zukunft eingehen. Ihre Fraktionen, CDU und F.D.P., werden in wenigen Tagen vermutlich im Bundestag durch das **Arbeitsförderungsreformgesetz** diesen verhängnisvollen Weg fortsetzen und verstärken. Ich will Ihnen das konkret erläutern.

Sie wollen § 12 b dieses Gesetzes abschaffen, der, wenn auch nicht mit Geld von der Bundesanstalt dotiert, immerhin die theoretische Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsverwaltung und Sozialverwaltung bot. Sie werden schätzungsweise 70.000 Langzeitarbeitslose aus der beruflichen Fortbildung und Umschulung hinauswerfen. Das bedeutet jährlich mehr als 65 Millionen DM Mehrkosten in der Sozialhilfe. Die Möglichkeit von Arbeitslosengeldanspruch durch den Bezug von Unterhaltsleistungen wird gestrichen: Sozialhilfekosten von jährlich mehr als 418 Millionen DM. Die Heraufsetzung der Altersgrenze für verlängerten Arbeitslosengeldanspruch schlägt in den Ländern und Kommunen mit zirka 580 Millionen DM zu Buche. Die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung bezahlen die Länder mit einem Anteil von rund 50 Millionen DM.

(Anhaltende Unruhe - Ursula Kähler  
[SPD]: Die hören gar nicht mehr zu!)

- Sehr geehrte Frau Kollegin Kähler, ich kann die Zahlen dem Herrn Kollegen Hennig gleich schriftlich nachliefern.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Ministerin, ich darf Sie auf die vereinbarte Redezeit aufmerksam machen, und das Plenum bitte ich, etwas ruhiger zu sein, damit die Frau Ministerin nicht schreien muß.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Zirka 36 Millionen DM mehr an ergänzender Sozialhilfe sind eine Folge der Veränderung der Bemessung von Lohnersatzleistungen und der Erweiterung des Bemessungszeitraums für Arbeitslosengeld. Die Absenkung der Fördersätze und die Verschärfung der Zugangsvoraussetzungen werden noch einmal 550 Millionen DM Mehrkosten bei der Sozialhilfe verursachen. Alles zusammengenommen haben wir mit 1,7 Milliarden DM **Mehrkosten** in der Sozialhilfe zu rechnen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: Das ist das Bündnis für  
Beschäftigung!)

Wer das mitträgt, der sollte sich eigentlich schämen, sich hier mit dem Hinweis auf gemeinnützige Arbeit einen weißen Fuß zu machen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SSW)

Dieser Politikansatz ist jedenfalls nicht gemeinnützig. Er ist allenfalls gemein gegenüber den Verantwortlichen in den Kommunen und gegenüber den Arbeitslosen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Unruhe bei der CDU)

Ich schließe damit die Beratung. - Darf ich Sie, auch wenn wir langsam zum Schluß kommen, um etwas Aufmerksamkeit bitten, damit wir zügig die Sitzung beenden können? -

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/573, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

(Anhaltende Unruhe)

Dieser Antrag ist gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt worden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Tagesordnungspunkte,

(Unruhe bei der CDU)

für die keine Aussprache vorgesehen ist. Wenn Sie, um sich zu beruhigen, noch eine Pause wünschen, bin ich gern dazu bereit. Ansonsten würde ich darum bitten, daß wir in Ruhe fortfahren können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

### **Bericht zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/571

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/601

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/601, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/571, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

Als nächstes rufe ich Tagesordnungspunkt 18 auf:

### **Neubestimmung der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer**

Nummer 2 des Antrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/489

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Bildungsausschusses  
Drucksache 14/528

Ich erteile dem Berichterstatter des  
Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Der Ausschuß hat sich mit der ihm durch Plenarbeschluß vom 23. Januar 1997 überwiesenen Nummer 2 des oben genannten Antrages befaßt. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. empfiehlt der Ausschuß dem Landtag, Nummer 2 des Antrages unverändert anzunehmen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dem ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW so zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

### **Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 1994**

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Finanzausschusses  
Drucksache 14/558

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Hay, das Wort.

**Lothar Hay [SPD]:**

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsprüfgruppe des Finanzausschusses hat die Einnahmen und die Ausgaben des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1994 geprüft und dabei keine Beanstandungen festgestellt.

Der Finanzausschuß hat in seiner 31. Sitzung am 6. März dieses Jahres den Antrag des Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein auf Entlastung des Landesrechnungshofs wegen der Rechnung über Einnahmen und Ausgaben beim Einzelplan 02 für das Haushaltsjahr 1994 beraten. Der Finanzausschuß empfiehlt, dem Landesrechnungshof wegen der Rechnung über Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 1994 gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung Entlastung zu erteilen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/558, abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

**Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1996**

Bericht des Eingabenausschusses  
Drucksache 14/559

Ich erteile dem Berichterstatter des Eingabenausschusses, Herrn Abgeordneten Poppendiecker, das Wort.

**Gerhard Poppendiecker [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist zu dieser Zeit, zu der wir fast den letzten Tagesordnungspunkt behandeln, erfreulich zu sehen, wie viele Mitglieder hier noch im Hohen Hause sitzen.

(Beifall)

Das ist wirklich schön. Dafür verspreche ich Ihnen, daß ich meine zehn Minuten nicht ausnutzen, sondern es ein bißchen kürzer machen werde. Es soll eine kurze Darstellung unserer Arbeit - -

(Meinhard Füllner [CDU]: Das war zur Behandlung ohne Aussprache vorgesehen!)

- Nein, nein, wissen Sie - -

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Entschuldigung! Einen Moment, Herr Abgeordneter Poppendiecker! Es ist keine Aussprache vorgesehen, Herr Abgeordneter Füllner, aber eine Berichterstattung ist sehr wohl vorgesehen. Der Herr Berichterstatter hat weiter das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Gerhard Poppendiecker [SPD]:**

Im Hinblick darauf, daß das einer der wenigen Ausschüsse ist, in dem „am Menschen“ gearbeitet wird, ist es eigentlich traurig, daß Sie das so hinnehmen wollen, ohne daß man dazu ein paar Worte sagen kann. Das ist bedauerlich.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Es soll auch nur eine kurze Darstellung sein. Wir haben steigende Zahlen zu registrieren; wir haben im zweiten Quartal 1996 - von April bis Juni 1996 - drei Sitzungen durchgeführt. Das war natürlich ein bißchen „dünn“,

war aber dadurch bedingt, daß die Wahl dazwischen lag.

Insgesamt gingen im Zeitraum 248 Eingaben ein; davon haben wir 219 behandelt. Leider konnten wir nur zehn Eingaben im Sinne der Petenten erledigen, 18 zum Teil; 189 Eingaben wurden negativ beschieden. Das liegt daran, daß es sich hier um sehr viele Asylverfahren handelt, bei denen wir wenig machen können. Zwei Eingaben wurden zurückgezogen.

Ich hatte mir ein paar Einzelfälle aufgeschrieben, über die ich Ihnen berichten wollte. Das will ich mir jetzt jedoch ersparen.

Ich möchte aber noch einmal Kritik anmelden. Wir haben uns nach wie vor mit sehr vielen Bausachen zu befassen, und wir stellen im Ausschuß immer wieder gemeinsam fest, daß die Kreisbauämter oftmals nicht bereit sind zu akzeptieren, daß es den Eingabenausschuß gibt und daß der Eingabenausschuß im Sinne der Petenten tätig werden muß. Wir merken immer wieder, daß dort fürchterlich gemauert wird.

Es wäre vielleicht ganz sinnvoll, wenn das zuständige Ministerium ruhig einmal darauf hinwirken würde, daß erkannt wird, daß dieser Ausschuß nicht Selbstzweck ist, sondern daß er dazu da ist, den Menschen zu helfen.

(Beifall)

Ich glaube, das wäre ganz wichtig.

In diese Kritik paßt auch, daß aus vielen Ministerien - ich nehme davon keines aus - die Beantwortung von Schreiben bis zu drei Monaten dauert.

(Zurufe)

Das bedeutet - ich sage das hier bewußt -, daß die Petentin oder der Petent Frust auf Behörden hat, weil nicht geholfen wird - aus welchen Gründen auch immer. Dieser Frust wird nachher auf die Mitglieder des Eingabenausschusses abgeladen, weil man sagt: Warum kommt ihr eigentlich nicht voran? - Deswegen sage ich das an dieser Stelle so deutlich; denn wir sind dann die Leidtragenden.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei will ich es heute bewenden lassen, obwohl wir ein paar interessante Fälle beraten haben.

Abschließend möchte ich von dieser Stelle aus meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Eingabenausschuß ein Dankeschön für die hervorragende Zusammenarbeit sagen, die alle mit Engagement und Herz dabei sind.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Es ist beantragt worden, von dem Bericht des Eingabenausschusses Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Eingaben zu bestätigen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/472

**b) Junge Demokratie Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/495

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Bildungsausschusses  
Drucksache 14/568

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, den Antrag in der Fassung der Beschlußempfehlung anzunehmen und damit die Anträge Drucksachen 14/472 und 14/495 als erledigt anzusehen. Ich bin gebeten worden, noch darauf hinzuweisen, daß die CDU der Nummer 4 des neuen Antrages zugestimmt hat und daß die Begründung des Antrages, Umdruck 14/574, nicht in die

Beschlußempfehlung Drucksache 14/568 aufgenommen wurde.

(Holger Astrup [SPD]: Das habe ich nicht verstanden!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über die Anträge in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW so angenommen.

Zuletzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 24 auf:

**Bericht zum gegenwärtigen Stand und künftigen Verfahren des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Metropolregion Hamburg (REK)**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/252

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Umweltausschusses  
Drucksache 14/572

Ich erteile der Berichterstatterin des Umweltausschusses, der Frau Abgeordneten Tengler, das Wort.

**Frauke Tengler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Vorlage. Der Ausschuß empfiehlt Kenntnisnahme.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin für den kurzen Bericht.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuß empfiehlt, von dem Bericht der Landesregierung Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

(Unruhe)

Ich weise jetzt auf den Beginn der nächsten, der 12. Tagung des Landtages hin. Sie wird am 23. April 1997 beginnen.

Die sitzungsfreie Zeit - meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch gern gute Wünsche für die Ferien mit auf den Weg geben und bitte, noch ein wenig Geduld zu haben - dauert vom 21. März bis zum 7. April 1997.

Ich wünsche Ihnen allen erholsame Osterferien.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 12:58 Uhr**